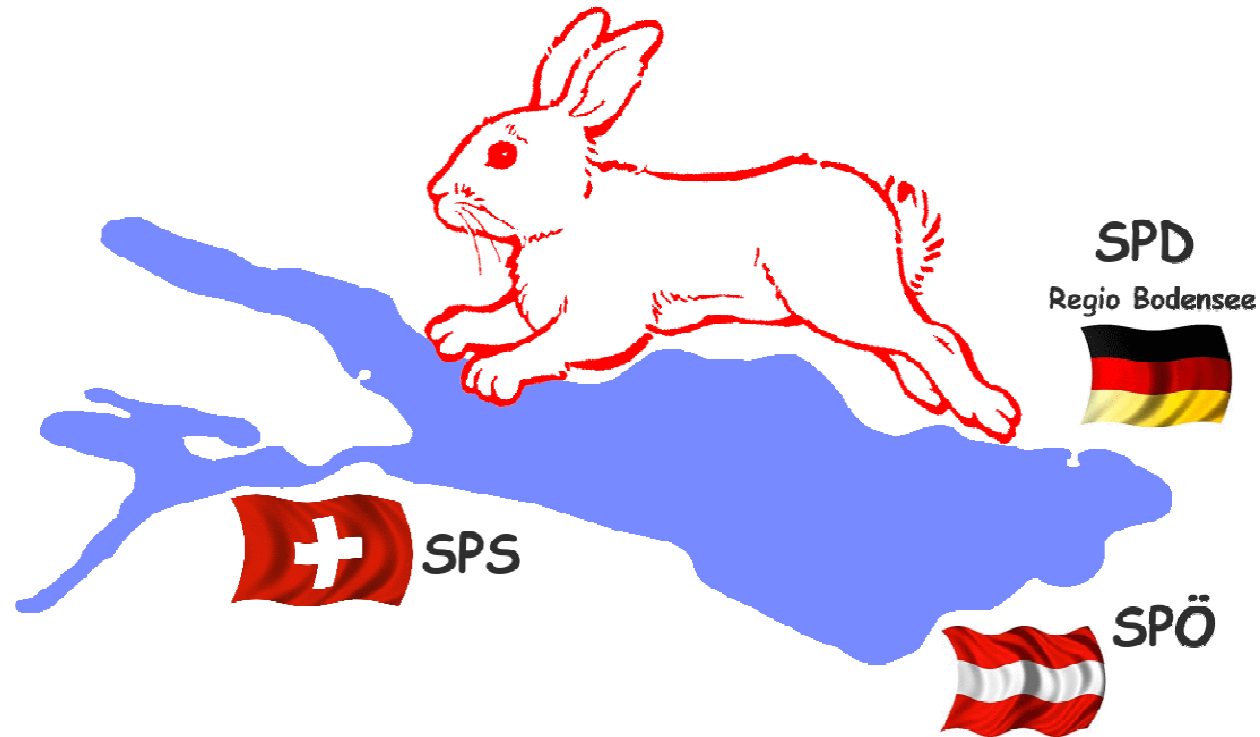


# „Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

[www.bodensee-internationale.org](http://www.bodensee-internationale.org)

Ausgabe: 160

28.03.2015

## EDITORIAL

Israel hat gewählt, Sieger wurde ausgerechnet der Mann, der eben noch den Präsidenten der USA, seines lebenswichtigsten Partners, zutiefst brüskiert hat. Die Kluft könnte noch tiefer werden, wenn sich die USA dem atomaren Todfeind Israels zuwenden sollten. Der Verlust des Veto-Partners im UN-Sicherheitsrat könnte Israel in enorme Schwierigkeiten bringen.

Das Eingreifen der Saudis im Jemen gegen die schiitischen Milizen könnte den Iran gegen Saudi-Arabien in Stellung bringen. Die Lage in Nahost wird immer kritischer.

Russland erscheint mehr und mehr wie eine Großmacht vom Ende des 19. Jahrhunderts. Putin verhält sich wie ein Autokrat derselben Zeit. Das russische Volk ist durch das Fehlen demokratischer Erfahrung, unterstützt von der orthodoxen Kirche, offensichtlich zufrieden mit einer solchen Regierung. Die „Kerenski-Republik“ dauerte ja schließlich nur etwa acht Monate bis zur Oktoberrevolution 1917. Danach kam die Autokratie wieder auf andere Weise. Nikolaus II genießt heute mit Putins Segen den Rang eines Heiligen. Auf eine Einigung zwischen EU und Russland in absehbarer Zeit zu hoffen, mutet an wie auf eine Hitzewelle mit über 30° im Januar in Grönland.

Ohne die USA haben wir Europäer weder politisch noch militärisch kaum Aussicht auf Erfolg für eine gemeinsame Politik. Das sollte uns jedoch nicht abhängig um jeden Preis machen. TTIP und CETA akzeptieren um des „lieben Friedens willen“ ist keine Option. Für die Führung Europas sind wir zu klein, für eine Nebenrolle zu groß. Frau Merkel sollte nicht einmal im Traum an Bismarcks Rolle denken. Ehrlicher Makler können wir nicht sein!

Solange das Problem Griechenland nicht gelöst ist, sind alle denkbaren neuen Krisen möglich. Für die deutsche Rolle und das Ansehen in dieser Krise sind Muskelspielchen aus Bayern und das Auftreten eines Günter Jauch gegenüber einem griechischen Minister zum Ziele einer Demütigung äußerst unangebracht und wenig förderlich.

So schnell sich in anderen Weltregionen die Räder zu drehen beginnen, so schnell müssen wir begreifen, dass Europa schnellstens den Weg zur politischen Union finden muss. Es geht nicht mehr um Frieden in Europa und der Welt, es geht auch darum, dass Europa in der Welt noch mitreden kann. Für Putin stehen die Optionen in Asien noch offen, schließlich bezeichnet man Sibirien gerne auch als den 8. Kontinent.

Die Maut ist im Bundestag mit großer Mehrheit beschlossen – entschieden ist sie noch nicht, vermutlich wird der Europäische Gerichtshof das letzte Wort hierzu sprechen.

Die neueste Umfrage im Land sieht zuerst einmal ordentlich aus, die Regierungskoalition kommt genau wie Schwarz/Gelb auf 43%. Der Beliebtheitsgrad des Ministerpräsidenten könnte positiv entscheiden. Die 18% für die SPD passen nicht so gut. Hier muss noch gearbeitet werden. Der SPD wird gute Regierungsarbeit attestiert! Was ist da los? Wo sollen die Stimmen herkommen? Von den Grünen – geht nicht, Linke - abgesprungen. Von CDU und FDP – sicherlich nicht.

Ein großes Reservoir gibt es: die Nichtwähler. Hier findet sich eine große Zahl von ehemaligen SPD-Wählern, die man überzeugen müsste. Dazu sollte man sich Fehler eingestehen, die bundes- aber auch landespolitisch gemacht wurden. Nur ein Beispiel. Seit den Hartz-Reformen sind Arbeitslosengelder und Sozialhilfe in den Augen der BürgerInnen gleich gesetzt. Der Arbeitslose fühlt sich behandelt wie der arbeitsscheue Loser und wendet sich ab.

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Frohe Ostern wünschen

Karl-Heinz König und Willi Bernhard

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Editorial - <b>EU</b> : "Was illegitim ist, muss illegal werden" - "Gib staatlich organisierter Steuervermeidung keine Chance!"	2, 4-5
Evelyne Gebhardt als Landesvorsitzende bestätigt - „Verbraucher ist mein politischer Motor“ - "Mehr Transparenz als Grundlage für faire Steuerpraktiken" - „Zu viele gefährliche Produkte!“ - Konservative Kräfte verstehen nicht den Ernst der Lage	5- 9
- <b>SPÖ Österreich SPÖ Vorarlberg</b> : Einstimmig gegen die Vorratsdatenspeicherung - Jede Frau soll von ihrem Einkommen leben können	10-11
Endlich mehr Netto vom Brutto! - Endlich mehr Geld für ArbeitnehmerInnen	11-12
- <b>SP Schweiz</b> : - <b>SP Kanton SG</b> : Keine veralteten Ratschläge von Bankern! - SP und Grüne gegen die Schwächung des service public	13-15
SP St.Gallen nominiert für den Nationalrat - Durchschaubares Versteckspiel mit Kantonsfinanzen	
- Unterstützung für St.Galler Stiftsbibliothek	15-18
- <b>SP Kanton AI</b> : SP AI mit glaubhaften Alternativen – Kandidatenportraits - Politischer Frühling (Terminliste)	19-21
Informationsveranstaltung zur Initiative «Wohnen für alle» - Von bezahlbaren Wohnungen profitieren alle	21-22
- <b>SP Kanton AR</b> : Wer hätte das sich vorstellen können?	23
- <b>SP Kanton TG</b> : Für den Schnellzug Konstanz – St. Gallen - HERZLICHE GRATULATION, CORNELIA KOMPOSCH	23-24
- <b>Deutschland: SPD Baden-Württemberg</b> : Bundesrat berät EU-Fonds für strategische Investitionen (EFSI)- Baden-Württemberg legt Konzept zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vor - Darüber lacht die Republik – Friedrich Ebert und „seine“ Reichskanzler in der Karikatur - „Starke Frauen für eine starke Welt – Kampagne Peking+20“	25-28
Bundesrat berät über Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung	28
- <b>SPD-Bodenseekreis</b> : SPD-Kreisvorstand würdigt die bildungspolitische Leistung von Norbert Zeller - Zollarbeit am Flughafen	29-31
Friedrichshafen ist weit mehr als Grenzkontrolle - Dieter Stauber als SPD-Vorsitzender im Bodenseekreis bestätigt	31-32
Wortlaut der Resolution zu B31 - Ergebnisse der Wahlen zum Kreisvorstand und zu den Gremien	32-35
Häfler SPD hat Verkehrsentwicklung auf der Agenda - „Wie tolerant sind wir?“	35 und 48
- Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum	36-38
- <b>SPD KV BC und Martin Gerster</b> : Bewerbung um die SPD-Landtagskandidatur 2016 für den Wahlkreis Biberach	38-39
Jusos Biberach stellen sich gegen Antisemitismus - SPD-Kreistagsfraktion macht Druck	39
Gute Aussichten für Biberacher Stadtteilhaus Gaisental – Bundesregierung plant Mehrgenerationenhaus-Förderung bis mindestens 2019	39-41
„Kontrolle des Mindestlohns ist wichtig“ - Martin Gerster (SPD) will Bündnis schmieden - Kreis-Jusos begrüßen Interesse an Flüchtlingspolitik	42
- <b>SPD Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis</b> : Gesundheitsvorsorge im Betrieb rechnet sich auch im Kleinen	42-43
Mietpreisbremse muss schnell kommen - Menschen mit seltenen Erkrankungen und ihr Umfeld - Die SPD steht an der Seite der Kommunen	43-45
Mattheis für mehr Investitionen in altersgerechten Wohnraum - Fukushima ist Mahnung und Auftrag für eine andere Energiepolitik	45-46
100 Millionen Euro für Sanierung der Bundeswehr-Liegenschaften - Künstlerinnen zwischen Schaffensdrang und Selbstbehauptung	46-48
Mattheis fordert Entgeltgleichheit schon vor 2093 - Mattheis diskutiert mit Experten über Sterbehilfe - Ausbildungsbotschafter geben Schülern Perspektive - Deutliche Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen durch Wohngelderhöhung	49
- <b>SPD Kreis Konstanz, MdL Hans-Peter Storz</b> : Fahrplankonzept auf dem Prüfstand, Ist weiterer IC-Halt in Engen möglich?	49-51
Landesregierung zieht Grenze für Mieterhöhungen - SPD fordert Bagatell-Grenze für grüne Ausfuhrscheine	51
Großes Sanierungsprogramm für Straßen im Kreis Konstanz	52-54
- <b>DL21: NEWSLETTER</b> 04.03.2015 –18.03.2015	55
- Impressum	

# Europa



Fraktion der Progressiven Allianz der  
**Sozialdemokraten**  
im Europäischen Parlament

## MdEP Peter Simon Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Sonderausschuss zu LuxLeaks

### "Was illegitim ist, muss illegal werden"

Die sozialdemokratischen Ausschussmitglieder haben den badenwürttembergischen SPD-Europaabgeordneten **Peter SIMON** zum Koordinator der S&D-Fraktion für den TAXE-Sonderausschuss im Europäischen Parlament gewählt.

Damit steuert der Parlamentarier federführend die Arbeit der Fraktion in dem Ausschuss, der in Folge der LuxLeaks-Affäre eingerichtet wurde. Der Sonderausschuss soll die umstrittenen Steuerpraktiken in Luxemburg und anderen EU-Staaten genau unter die Lupe nehmen.

"Es wartet viel Arbeit auf uns", unterstreicht **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Die Messlatte hängt hoch. Unser Ziel ist es, dubiose Steuerpraktiken in Europa so umfassend zu durchleuchten, dass staatlich organisierte Steuervermeidung zum Auslaufmodell wird. Was illegitim ist, muss illegal werden."

Das Mandat des TAXE-Sonderausschusses beträgt sechs Monate, kann aber um weitere sechs Monate verlängert werden. Die erste reguläre Sitzung des Sonderausschusses wird am Montag, 9. März in Straßburg stattfinden.

Ihre Forderungen gegen Steuerbetrug und Steuervermeidung hat die Europa-SPD auch in einem Sieben-Punkte-Plan niedergelegt.

Brüssel, 03.03.2015

Weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

## "Gib staatlich organisierter Steuervermeidung keine Chance!"

### TAXE-Sonderausschuss zu umstrittenen Praktiken in Mitgliedstaaten stellt Fahrplan auf

Der TAXE-Sonderausschuss des Europäischen Parlaments hat am Montagabend in seiner ersten Arbeitssitzung in Straßburg den Fahrplan für die kommenden Monate festgelegt.

"Staatlich organisierte Steuervermeidungsmodelle sind illegitim. Künftig müssen diese aber auch illegal sein", unterstreicht der baden-württembergische SPDEuropaabgeordnete **Peter SIMON**, Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion für den TAXE-Sonderausschuss. "Denn solches Steuerdumping geht zu Lasten der anderen Staaten und Steuerzahler."

Der erste Schritt ist das Durchleuchten bestehender Steuerpraktiken in Europa. Genau hier setzt der TAXE-Ausschuss an. "Durch Anhörungen von beteiligten Akteuren, Aufklärungsreisen vor Ort und Sichtung von bisher nicht im Fokus der Öffentlichkeit stehenden Dokumenten werden wir uns ein umfassendes Bild verschaffen. Und legen damit eine fundierte Grundlage für alle Folgeschritte", erläutert der stellvertretende Vorsitzende des Wirtschafts- und Währungsausschusses.

In den Fokus gehört für die Sozialdemokraten dabei auch die Rolle involvierter großer internationaler Beratungsgesellschaften. Auch hier müsse Licht ins Dunkel gebracht werden. "Wir müssen prüfen, ob Konstellationen bestanden oder bestehen, in denen solche Beratungsgesellschaften beispielsweise die Europäische Kommission und EU-Mitgliedstaaten beraten, wie Steuersysteme verbessert werden können, gleichzeitig aber maßgeschneiderte Steuervermeidungsmodelle für Unternehmen entwerfen. Solche anrühigen Dreiecksbeziehungen sind nicht hinnehmbar", stellt **Peter SIMON klar**.

"Die Arbeit des Ausschusses wird auch in den Bericht des Wirtschafts- und Währungsausschusses meiner Kollegin Anneliese Dodds einfließen, der einen umfassenden Aufschlag für eine gerechtere Unternehmensbesteuerung in

Europa liefern wird", **betont Peter SIMON**. "Für uns Sozialdemokraten ist klar: Staatlich organisierter Steuervermeidung auf dem Rücken aller ehrlichen Steuerzahler muss dauerhaft ein Ende gesetzt werden. Dafür ist in Europa kein Platz."

Das Mandat des TAXE-Sonderausschusses beträgt sechs Monate, kann aber um weitere sechs Monate verlängert werden. Die nächste Sitzung des Sonderausschusses wird am 30. März stattfinden.

Straßburg, 10.03.2015

Weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP



**Europa-Union Deutschland**

**Landesverband Baden-Württemberg e.V.**

## **Evelyne Gebhardt als Landesvorsitzende bestätigt**

**Die 69. Landesversammlung der Europa-Union hat am vergangenen Wochenende im Ettlinger Schloss einen neuen Landesvorstand gewählt. Dabei wurde die Schwäbisch Haller Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt mit knapp 93 Prozent in ihrem Amt als Landesvorsitzende bestätigt.**

**Evelyne Gebhardt** steht weiterhin an der Spitze der Europa-Union im Südwesten. Die Europaabgeordnete aus Schwäbisch Hall wurde bei der Landesversammlung des überparteilichen Verbands am vergangenen Wochenende in Ettlingen mit knapp 93 Prozent in ihrem Amt bestätigt. "Ich freue mich über das großartige Vertrauen und darauf, mit einem eingespielten Team die anstehenden Herausforderungen anzugehen", so die SPD-Politikerin. Wie diese Herausforderungen aussehen könnten, hatte der Präsident der Europa-Union Deutschlands, Rainer Wieland MdEP, in seinem Grußwort angedeutet und insbesondere die Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit betont. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen der Landesversammlung be-

schäftigten sich zudem in verschiedenen Workshops mit der Ukraine-Krise und einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik.

Im Rahmen des traditionellen Festaktes, der im Asamsaal des Ettlinger Schlosses stattfand, sprach der erste Vizepräsident des Ausschusses der Regionen und Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Karl-Heinz Lambertz, zum Thema „Die EU am Scheideweg – Woher kann ein neuer Schub für die europäische Integration kommen?“. Er betonte, wie wichtig es sei, die europäische Integration wieder mit einer positiven „story“ zu verbinden. Entscheidungen auf europäischer Ebene müssten vor Ort nachvollziehbar sein. Die Regionen und Kommunen könnten daher zum Zusammenhalt in der EU beitragen. Er forderte die Europapolitik auf, sich von ihrer territorialen Blindheit zu befreien.

Neben der Neuwahl der Landesvorsitzenden wurde turnusmäßig auch der gesamte Landesvorstand neu bestimmt. Die Delegierten nahmen aus Anlass des Europäischen Jahres der Entwicklung 2015 einen Antrag zur Europäischen Entwicklungszusammenarbeit an. In einem weiteren Antrag befasste sich die Versammlung mit der Ukraine-Krise.

### **Info:**

**Der neugewählte Landesvorstand der Europa-Union in Baden-Württemberg:**

<b>Landesvorsitzende:</b>	Evelyne Gebhard MdEP, Schwäbisch Hall
<b>Stellv. Landesvorsitzende:</b>	
Simon Blümcke, Hagnau am Bodensee	Pantelis Nikitopoulos, Mannheim
Dr. Petra Püchner, Stuttgart	René Repasi, Karlsruhe
Wolfgang G. Wettach, Tübingen	Florian Ziegenbalg, Stuttgart
<b>Schatzmeister:</b>	Bernhard Freisler, Esslingen
<b>Mediensprecher:</b>	Daniel Frey, Göppingen
<b>Schriftführer:</b>	Sebastian Kärner, Karlsruhe
<b>Beisitzer:</b>	
Jonathan Berggötz, Rastatt	Patricia Bischofberger, Sigmaringen
Carolin Dunkelberg, Freiburg	



Bild: © Europäisches Parlament

### **Hintergrund-Information Europa-Union Baden-Württemberg e.V**

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 60 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 62 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist ebenso langjähriges Mitglied der Europa-Union wie der heutige EU-Kommissar Günther H. Oettinger. Über 138 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft. Auch in der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider.

**Kontakt: Daniel Frey, Mediensprecher des Landesverbandes**

E-Mail: [Daniel.Frey@eubw.eu](mailto:Daniel.Frey@eubw.eu)

[www.eubw.eu](http://www.eubw.eu)

10.03.2015

Frederick Wunderle, Leiter Europabüro Künzelsau  
Assistent von Evelyne Gebhardt MdEP

## **„Verbraucher ist mein politischer Motor“**

### **Weltverbrauchertag und Europäischer Verbrauchertag am 15. März**

Der Schutz des Verbrauchers ist **Evelyne Gebhardt**, Koordinatorin der sozialdemokratischen Fraktion im Binnenmarkt- und Verbraucherschutz Ausschuss des Europäischen Parlaments sowie verbraucherschutzrechtliche Sprecherin der SPD, seit Anbeginn ihrer politischen Karriere ein besonderes Anliegen. Bedeutende und weitreichende Gesetzgebung, die die Rechte von Verbrauchern auf nationaler und europäischer Ebene stärkt, hat **Evelyne Gebhardt** maßgeblich beeinflusst.

Das Europäische Parlament hat nicht nur maßgeblich dazu beigetragen, dass Verbraucher beim innerstaatlichen Einkauf über das Internet geschützt sind,



sondern sich auch leidenschaftlich dafür eingesetzt, dass dies beim grenzüberschreitenden Onlinehandel genauso ist. Wichtige Schutzrechte, wie Widerrufsrecht, klare Regelungen zu Hin- und Rücksendekosten und Internetauktionen sowie durchsichtige Garantieregeln, genießen Verbraucher in der Europäischen Union unabhängig von ihrer geographischen Heimat und grenzüberschreitend. Dasselbe gilt auch seit kurzem für den Handel mit digitalen Inhalten, wie E-Books oder Apps. All dieser Fortschritt zügelt Evelyne Gebhardt jedoch nicht: „Die digitale Revolution, von der wir dieselben sozialen, unternehmerischen sowie gesellschaftlichen Umwälzungen wie von den vorangegangenen industriellen Revolutionen erwarten können, erfordert unsere gebündelte Aufmerksamkeit“. Dies ist zu **Evelyne Gebhardts** Mantra geworden, in Plenums- und Ausschusssitzungen sowie im Gespräch mit Bürgern.

Deswegen ist sie seit kurzem auch Berichterstatterin zu einem neuen Initiativbericht des Europäischen Parlaments, der einen ganzheitlichen Ansatz für die bevorstehende Gesetzgebung im Bereich eines mehr und mehr digitalisierten Wirtschafts- und Gesellschaftslebens verfolgt. „Der Verbraucher, seine verletzte Stellung gegenüber großen, multinationalen Unternehmen sowie die Interessen von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die das Meiste aus einem europäischen Binnenmarkt machen wollen, dies ist und bleibt mein politischer Motor. Und daran werde ich an einem Tag wie diesem erinnert“, sagt Evelyne Gebhardt anlässlich des Europäischen Tags des Verbrauchers am 15. März.

Brüssel, 13.03.2015

Weitere Informationen:  
Büro Gebhardt und Jan Rößmann (Pressesprecher)

### **Peter SIMON:**

## **"Mehr Transparenz als Grundlage für faire Steuerpraktiken"**

### **EU-Kommission mit ersten Vorschlägen gegen Steuervermeidung**

Die Europäische Kommission hat am Mittwoch ein erstes Maßnahmenpaket für mehr Steuertransparenz in der EU vorgestellt. Die Pläne umfassen unter

anderem die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, ab Anfang 2016 Informationen über sogenannte Steuervorbescheide von grenzüberschreitender Bedeutung, die die EU-Mitgliedstaaten Unternehmen erteilen, automatisch untereinander auszutauschen.

"Nachdem die alte Regelung das Maß an Transparenz noch im Ermessen der Mitgliedstaaten ließ, wird der Informationsaustausch nun verpflichtend", unterstreicht der baden württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, stellvertretender Vorsitzender des Wirtschafts- und Währungsausschusses. "Damit wird eine zentrale Forderung von uns Sozialdemokraten endlich umgesetzt. Duldendes Wegschauen wie bisher wäre somit nicht mehr möglich." Der Vorschlag sieht zudem die Einführung eines zentralen Registers bei der EU-Kommission vor. "Die Mitgliedstaaten hätten damit eine Übersicht über die Steuergestaltung von europaweit agierenden Unternehmen. So können sie dubiosen Steuerpraktiken auf die Spur zu kommen", erläutert **Peter SIMON**. "Allerdings muss auch sichergestellt werden, dass die Mitgliedstaaten die Informationen verbindlich an das Register liefern. Wer dies nicht tut, muss bestraft werden. Zudem sollte das Register öffentlich sein. Hier muss noch nachgebessert werden."

Für mehr Transparenz bei Steuervorbescheiden setzen sich auch die Sozialdemokraten im TAXE-Sonderausschuss des Europaparlaments ein. "Das Dickicht staatlich organisierter Steuervermeidung gehört so genau durchleuchtet, dass alle umstrittenen Modelle ans Tageslicht kommen", fordert der Sprecher der S&D-Fraktion im TAXE. "Die Ergebnisse fließen ein in den Bericht meiner britischen Labour-Kollegin Anneliese Dodds im Wirtschafts- und Währungsausschuss. Sie wird darin detaillierte Gesetzesvorschläge für gerechtere Unternehmensbesteuerung in Europa liefern. Transparenz allein reicht nicht aus, illegitime Praktiken müssen künftig illegal werden." Unerklärlich ist deshalb für die Sozialdemokraten, dass nach dem jetzigen Vorschlag bereits erteilte Steuervorbescheide erst bis Ende 2016 vorgelegt werden müssen. "Warum diese zeitliche Verzögerung? Wir müssen das Momentum nutzen. Wenn nicht jetzt, wann dann? Gerade für die Arbeit des TAXE-Sonderausschusses ist es wichtig, die Karten zeitnah auf den Tisch zu legen", kritisiert **Peter SIMON**.

"Die Vorschläge von Steuerkommissar Moscovici sind ein erster wichtiger Schritt für mehr Steuergerechtigkeit", so **Peter SIMON**. "Weitere müssen zeitnah folgen. Für uns Sozialdemokraten sollten beispielsweise internationale Unternehmen verpflichtend offenlegen, wo sie welche Gewinne erzielen und welche Steuern entrichten. Zudem sollte die Bemessungsgrundlage der Unternehmensbesteuerung harmonisiert werden, damit Wirtschaftsstandorte nicht mehr auf Kosten der Allgemeinheit gegeneinander ausgespielt werden können."

Brüssel, 18.03.2015

Weitere Informationen:  
Büro Peter Simon, MdEP

### **Evelyne Gebhardt:**

## **„Zu viele gefährliche Produkte!“**

### **Verbraucherschutzexpertin der Europa-SPD drängt EU-Kommission zur Verbesserung von Marktüberwachung und Warensicherheit**

Es geht oft um Textilien, Elektrogeräte und Spielzeug - die Zahl der Warnungen vor gefährlichen Produkten in der EU ist im vergangenen Jahr gestiegen, ebenso wie die Anzahl der entsprechenden Rückruf-Aktionen. Das zeigt der neue Jahresbericht 2014 des Europäischen Schnellwarnsystems für gefährliche Produkte, bei denen es nicht um Lebensmittel geht (RAPEX).

„Es gelangen zu viele gefährliche Produkte auf den europäischen Markt“, sagt die verbraucherpolitische Sprecherin der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament, **Evelyne Gebhardt**. „Ziel der Industrie sollte sein, dass solche Aktionen aufgrund sorgfältiger und schonender Herstellung unnötig werden.“

Die Sprecherin der Sozialdemokraten im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz ist der Auffassung, dass gefährliche Produkte erst gar nicht auf den europäischen Markt gelangen dürfen. Die zurzeit in der Überarbeitung befindlichen EU-Richtlinien zur Produktsicherheit und die Verordnung zur Marktüberwachung könnten da optimaleren Schutz gewährleisten. Evelyne Gebhardt ist deshalb besorgt darüber, dass die Verhandlungen zur

Überarbeitung dieser beiden legislativen Vorhaben stocken. Schon beim aktuellen Verhandlungsstand sei Luft nach oben, so die Sozialdemokratin.

„Eine Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Produktsicherheit sowie der Verordnung zur Marktüberwachung würde die europäischen Verbraucher viel besser schützen“, sagt die SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**, denn der Entwurf enthält nicht nur eine verschlankte und verbesserte Anwendungsstruktur, sondern auch erheblich erhöhte Standards für Schutz und Gesundheit der Verbraucher.

Der Vorschlag für die Verordnung zur Marktüberwachung enthalte zudem viele Verbesserungsvorschläge für RAPEX. Das Europäische Parlament sei seit Oktober 2013 bereit, mit den Verhandlungen über die Verordnung zu beginnen. Allein der Europäische Rat sei noch unentschlossen. „Setzen Sie sich entschlossen für ein Voranschreiten des Legislativprozesses und für die Auflösung der Blockade im Rat ein“, appelliert Evelyne Gebhardt an die zuständige EU-Kommissarin Věra Jourová, „zum Schutz der europäischen Verbraucherinnen und Verbraucher!“

Brüssel, 23.3.2015

Weitere Informationen:

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP und Jan Rößmann, (Pressesprecher)

## **Konservative Kräfte verstehen nicht den Ernst der Lage**

### **Sozialdemokraten verweigern Zustimmung zu Stellungnahme zu TTIP bei Abstimmung im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz**

Ungeachtet der Sorgen zahlreicher Bürger und Bürgerinnen in ganz Europa hält eine Mehrheit aus Konservativen und Liberalen im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz noch immer am bisherigen wirtschaftsliberalen Kurs bei den Verhandlungen zu TTIP fest.

„Dabei muss an vielen wichtigen Stellen Druck auf die Verhandlungsführer ausgeübt werden“, fordert **Evelyne Gebhardt**, Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments. „Leider wurden die zahlreichen Änderungsanträge unserer Fraktion einfach



abgeschmettert. Die Mehrheit aus konservativen Kräften verhinderte, dass die Verhandlungen zu Dienstleistungen auf definierte Bereiche beschränkt werden. Zudem verhinderten sie einen eindeutigen Ausschluss der öffentlichen Dienstleistungen von den Verhandlungen“, führt **Evelyne Gebhardt** weiter aus. „Damit sind die roten Linien überschritten. Konsequenterweise haben wir Sozialdemokraten den gesamten Text abgelehnt.“

Auch beim Thema der privaten Investor-Staat-Schiedsstellen unterlagen die progressiven Vorschläge der Sozialdemokraten. „Wir Sozialdemokraten lehnen private Investor-Staat-Schiedsstellen eindeutig ab. Diese können die Politik einschränken. Stattdessen muss Investoren der diskriminierungsfreie Zugang zu rechtsstaatlichen Gerichten ermöglicht werden“, kritisiert Evelyne Gebhardt.

**Evelyne Gebhardt:** „Wir Sozialdemokraten werden alles daran setzen, den Druck auf die Verhandlungspartner des Freihandelsabkommens zu erhöhen. Ich bin dennoch zuversichtlich, dass wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas eine Wendung der Verhandlungen herbeiführen können.“

**Hintergrund:** Am 24.03.2015 fand die Abstimmung im Binnenmarkt- und Verbraucherschutzausschuss zur Stellungnahme zu TTIP statt. Dabei stimmte die sozialdemokratische Fraktion gegen den Text. Die Abstimmung ging mit 18 Nein- zu 20 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung verloren.

**Brüssel, den 25.03.2015**

**Frederick Wunderle, Leiter Europabüro Künzelsau  
Assistent von Evelyne Gebhardt MdEP**



## Einstimmig gegen die Vorratsdatenspeicherung

### Rechtsausschuss spricht sich einstimmig gegen die Vorratsdatenspeicherung aus

„Im Zuge der schrecklichen Anschläge von Paris wurden auch in Österreich Stimmen laut, wonach man die verfassungsrechtlich gekippte Vorratsdatenspeicherung wieder einführen soll. Es geht mir einfach zu weit, dass die digitalen Daten von jeder Österreicherin und jedem Österreicher über Monate gespeichert und somit alle unter Generalverdacht gestellt werden. Damit wird kein Verbrechen verhindert. Deshalb wollte ich in einem Antrag an den Vorarlberger Landtag eine diesbezügliche Willensäußerung gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung“, so SPÖ-Landtagsabgeordneter Ing. **Reinhold Einwallner**.

Erfreut zeigt er sich darüber, dass selbst nach ersten Bedenken der ÖVP zu diesem Antrag diese zu einer Zustimmung überredet werden konnte. „Es ist wichtig, dass dieser Beschluss einstimmig erfolgt, das Signal ist damit stärker. Zudem werden wir in den nächsten Wochen mit einigen Experten das Thema Vorratsdatenspeicherung diskutieren“, schließt Reinhold Einwallner.

04.03.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

## Jede Frau soll von ihrem Einkommen leben können

### Frühjahrskampagne der SPÖ-Frauen zum Thema „Arbeit

„Jede Frau soll von ihrem Einkommen leben können. Mit dieser Botschaft wenden wir uns am Internationalen Frauentag an Frauen und Männer in ganz Österreich“, so SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher.

Frauen haben sowohl bei der Bildung als auch bei der Erwerbsbeteiligung in den vergangenen Jahren stark aufgeholt. (Erwerbstätigenquote in Vorarlberg: Frauen: 68,5 %, Männer: 80,7 %). Viele Frauen arbeiten zu Bedingungen, die nicht zumutbar sind. Sie sind gezwungen, unsichere Dienstverhältnisse anzunehmen und arbeiten zu einem Lohn, der ihnen kaum das Überleben sichert. Darüber hinaus übernehmen Frauen immer noch den Hauptteil der Familienarbeit.

Auch der Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen hat stark zugenommen (50,5% in Vorarlberg). Jede zweite Frau arbeitet Teilzeit und nimmt damit Einbußen beim Gehalt und bei der Pension in Kauf.

Die SPÖ-Frauen wollen die Arbeitsbedingungen der Frauen verbessern und neue Chancen schaffen. Daher wollen wir:  
eine Steuerreform, die Frauen entlastet - von der Senkung des Eingangssteuersatzes von 36,5 % auf 25% für Einkommen von 11 000 bis 16 000 Euro - jährlich würden 60 % der Frauen profitieren - die Einkommensberichte in Betrieben weiterentwickeln - Aufwertung von Berufszweigen, in denen viele Frauen arbeiten - einen Mindestlohn von 1.500 Euro - Frauen Mut machen, technische Berufe zu ergreifen - eine bessere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern - ein flächendeckendes Angebot an leistbaren Kinderbildungseinrichtungen und Ganztagschulen

### Arbeit ist für Frauen Thema Nummer eins

„Arbeit ist für Frauen Thema Nummer eins. Das hat unser groß-angelegter Dialogprozess, den wir im vergangenen Jahr durchgeführt haben, gezeigt“, so SPÖ-Landesfrauenvorsitzende Olga Pircher.

### **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**

Gleiche Bezahlung bei gleicher und gleichwertiger Arbeit ist gesetzlich verankert. Dennoch sind die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in ganz Österreich sehr hoch mit 28,9 %, in Vorarlberg noch höher. Ein großer Teil der Lohnunterschiede ist auf das Geschlecht zurückzuführen.

Auch werden Berufszweige, in denen viele Frauen arbeiten, meist deutlich schlechter entlohnt. So verdient eine Pflegerin beispielsweise deutlich weniger als ein Mechaniker. Dieser Genderaspekt soll in den Kollektivvertragsverhandlungen berücksichtigt werden. Notwendig ist auch eine bessere Anrechnung der Karenzzeiten. Wir wollen Frauen auch Mut machen, Berufe zu ergreifen, in denen die Einkommenschancen höher sind.

Eine wichtiges Instrument auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit sind die Einkommensberichte in Betrieben. Diese sollen jetzt evaluiert und aus den Ergebnissen dieser Evaluierung nun Konsequenzen gezogen werden.

Wichtig ist auch die kollektivvertragliche Anhebung der Mindestlöhne auf 1.500 Euro sowie eine steuerliche Entlastung für Frauen.

06.03.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

## **Endlich mehr Netto vom Brutto!**

### **Michael Ritsch bewertet Ergebnis der Steuerreform positiv**

Die Steuerreform ist aus Sicht der SPÖ Vorarlberg ein Erfolg. SPÖ-Landesvorsitzender **Michael Ritsch**: „Die Gewinner dieser Reform sind eindeutig die Arbeitnehmer. Lange haben wir gefordert, dass ihnen mehr Netto vom Brutto bleibt. Das wurde nun geschafft. Ich gratuliere Bundeskanzler Werner Faymann zu diesem Verhandlungserfolg.“ So werden 91% des Volumens Einkommen unter 4.500 Euro brutto zugute kommen. Wer heute etwa ein mittleres Einkommen von 1.880 Euro brutto bezieht, wird um 36% bzw. 860 Euro im Jahr entlastet. „Das ist ein Ergebnis, das sich sehen lassen kann“, erklärt Ritsch.

### **Spürbar auch für Kleinstinkommen und Pensionisten**

Besonders positiv bewertet der rote Landeschef, dass auch für jene spürbar ist, die keine Lohnsteuer zahlen. 8% des Volumens werden an sie fließen. Sowohl Geringverdiener als auch Pensionisten bekommen im Zuge der Steuerreform eine Steuergutschrift. „Dass es gelungen ist, jene zu entlasten, die aufgrund eines zu geringen Einkommens gar keine Lohnsteuer zahlen, ist dem sozialdemokratischen Verhandlungsteam hoch anzurechnen. Wichtig ist auch, dass an die Pensionisten gedacht wurde. Hier hätte ich mir zwar mehr gewünscht, aber dass etwas passiert ist war längst überfällig.“

### **Millionärsabgabe nicht ad acta legen**

An der Gegenfinanzierung hat Ritsch nichts Grundsätzliches auszusetzen. Sollte sich jedoch zeigen, dass die benötigten Summen dadurch nicht eingetrieben werden können, sei eine Millionärsabgabe unausweichlich. „Taktisch war es klug, dass Kanzler Faymann die ÖVP in Zugzwang brachte, indem er die Millionärsabgabe nicht zu einem notwendigen Pfeiler der Steuerreform machte. Auf lange Sicht wird es aber unausweichlich sein, die Superreichen im Land in höherem Maße am Steueraufkommen zu beteiligen. Alleine schon der Gerechtigkeit willen“, erklärt Ritsch.

16.03.2015

Vorarlbergs soziale Kraft

### **Info zur Lohnsteuerentlastung – wem bleibt wie viel?**

	<b>Brutto / Monat</b>	<b>Entlastung in % der bisher bezahlten Lohnsteuer</b>	<b>Entlastung / Jahr</b>
Mittleres Einkommen	1.880	-36%	860 €
Vollzeiteinkommen	2.700	-20%	1.070 €
FacharbeiterIn	3.100	-20%	1.400 €

Lukas Riepler - Kommunikation & Organisation - SPÖ Vorarlberg  
St. Anna Straße 1 6900 Bregenz +43 5574 582 36 – 13 vorarlberg.spoe.at

## **Endlich mehr Geld für ArbeitnehmerInnen**

### **SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch sieht Vorarlbergerinnen und Vorarlberger als Profiteure**

Nach monatelangem Verhandeln, teils zähem Ringen und Zugeständnissen beider Koalitionspartner liegt sie nun auf dem Tisch – die Steuerreform 2015. Sie kann sich, da sind sich viele einig, durchaus sehen lassen mit einem Entlastungsvolumen von knapp 5 Milliarden Euro“, zieht SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch mit dem Ergebnis der Steuerreform zufrieden Bilanz.

Besonders positiv hervorzuheben sei die Tatsache, dass von den Entlastungsmaßnahmen vorrangig Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitieren. Vom Volumen von 5 Milliarden Euro gehen über 90 % an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, deren Einkommen unter 4.500 Euro brutto liegt. Aber auch jene Menschen, die keine Steuern zahlen, weil sie unter 11.000 Euro pro Jahr verdienen, haben etwas von der Steuerreform, da ihr Sozialversicherungsrabatt (Negativsteuer) von 110 Euro auf bis zu 400 Euro angehoben wird.

Der SPÖ-Clubobmann gibt auch unumwunden zu, dass er sich bei der Gegenfinanzierung eine stärkere Besteuerung jener Gruppen gewünscht hätte, die überproportional viel haben. Dennoch müsse festgehalten werden, dass es trotzdem vermieden worden sei, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Rahmen der Lohnsteuersenkung zwar etwas zu geben, auf der anderen Seite derselben Gruppe mit der Besteuerung in anderen Bereichen wieder etwas zu nehmen.

Das Land Vorarlberg und die Gemeinden werden aber auch einen Teil zur Gegenfinanzierung im Rahmen von Einsparungen bei der Verwaltung beitragen müssen. Michael Ritsch will deshalb von Landeshauptmann Markus Wallner im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage wissen, wie er dies zu tun gedenkt. „17 Millionen Euro werden Land und Gemeinden einsparen müssen, um die Steuerreform mitzufinanzieren. Ich will deshalb vom Landeshauptmann wissen, mit welchen Maßnahmen er dieses Volumen erreichen wird“, verweist der SPÖ-Clubobmann abschließend auf seine parlamentarische Anfrage.

**19.03.2015**

**Vorarlbergs soziale Kraft**

# SPS Schweiz

## SP Kanton St.Gallen



### Keine veralteten Ratschläge von Bankern!

*Lohnkürzungen empfiehlt die Führungsriege der St.Galler Kantonalbank den St.Galler UnternehmerInnen als mögliches Heilmittel gegen den starken Franken. Dagegen wehrt sich die SP-Grüne-Fraktion mit aller Vehemenz. Um die wichtige inländische Kaufkraft zu stärken, sind gute Löhne und sichere Renten und vor allem die Verlässlichkeit der Sozialpartnerschaft am allerwichtigsten.*

Niemand kann wissen, wie sich die Wirtschaft und die Frankenstärke in den nächsten Monaten entwickeln werden. Guter Rat ist teuer – und für teure Ratschläge sind viele Banker derzeit zur Stelle: Erinnerung sei an diejenigen des Chefs der Grossbank UBS, Sergio Ermotti: Abbau von Regulierungen, weniger politische Mitsprachemöglichkeiten, eine Begrenzung des Sozialstaats, eine Öffnung des Arbeitsmarkts und generell mehr Markt in allen Bereichen. Allesamt gescheiterte Ratschläge der neoliberalen Schule der 1990er-Jahre.

Heute fordern im St.Galler Tagblatt nun auch Roland Ledergerber, CEO der St.Galler Kantonalbank, und sein Anlagechef, Thomas Stucki, das „Tabu Lohnkürzungen“ zu brechen. Die beiden Banker meinen, mit tieferen Löhnen hiesige Arbeitsplätze retten zu können. Voller Widersprüche raten Ledergerber und Stucki den St.Galler Firmen: Löhne runter, Arbeitszeit rauf, Preise verhandeln, Beschaffung im Euroraum und – Produktionsverlagerungen ins Ausland! Ein starkes Stück, insbesondere, wenn man den Absender bedenkt. „Statt die Ostschweizer Wirtschaft zu stärken, rufen die Kantonal-

bank-Chefs öffentlich zu deren Schwächung auf!“, so der Präsident der SP-Grüne-Fraktion im St.Galler Kantonsrat, Peter Hartmann.

Als CEO der SGKB verlangt Roland Ledergerber, die Löhne seien zu kürzen – und verdient selber ein Millionensalär. Die Ratschläge kommen aus einem Betrieb, der die Hyposwiss mit Verlusten und Kosten auflösen resp. abstossen musste, dessen Aktienkurs seit längerem stetig sinkt und der im US-Steuerstreit vor einer Millionen-Busse steht. Für die SP-Grüne-Fraktion ist klar: In dem Moment wo die Millionen-Busse der US-Steuerbehörde bekannt gegeben wird, muss der St.Galler Kantonsrat über die Verantwortlichkeiten diskutieren.

Die SP-Grüne-Fraktion will mit eigenen Vorstössen (u.a. 51.15.12; 51.15.09) mehr über die Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Krise herausfinden – statt dass sie wissenschaftlich widerlegte Rezepte aus der vorletzten Dekade verschreibt.

St.Gallen, 23. Februar 2015

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär



### SP und Grüne gegen die Schwächung des service public

**SP und Grüne werden zusammen mit EVP, GLP und sämtlichen Umweltverbänden das Referendum gegen den bürgerlichen Bauwahn ergreifen. Daneben setzte sich die Fraktion gegen die Schwächung des Service Public als Folge der Umsetzung der PCG-Vorlage ein.**

An der Grenze der Legalität setzte die Ratsmehrheit von Mehrheit von SVP, CVP und FDP bereits vor der Session eine vorberatende Kommission ein und boxte in den letzten drei Tagen die zwei Lesungen des Geschäfts VII. Nachtrag zum Gesetz über die Raumplanung und das öffentliche Baurecht durch. Besonders stossend am Hauruck-Verfahren von CVP, FDP und SVP ist aus Sicht der SP und Grünen im Kantonsrat, dass sich die Baulobby als miserable Verliererin gibt! Die Schweizer Stimmbevölkerung hatte 2013 deutlich, St.Gallen sogar mit rund 64 Prozent Ja-Stimmen das schweizerische Raumplanungsgesetz (RPG), angenommen. Ein Entscheid der zweifellos aus Sorge um die zunehmende Verschandelung und Verbauung unserer Dörfer und Landschaften dermassen deutlich ausfiel. Ein solch klarer Entscheid wird im St.Galler Kantonsrat nun mit Füssen getreten. Doch die Verlierer der RPG-Abstimmung von 2013 werden gestoppt werden!

### **PCG: SP und Grüne gegen einseitige Auslegung der Transparenzforderung**

SP und Grünen bedauern ausserordentlich, dass sich die Diskussion um die Corporate Governance-Vorlage einseitig gegen die Gesundheitsdirektorin Heidi Hanselmann und ihren Einsitz in die Verwaltungsräte der öffentlichen Spitäler konzentrierte. Hohe finanziellen Interessen des Kantons als Bezahler von 55% aller stationären Behandlungskosten sprechen aus Sicht der SP-Grünen-Fraktion für den Einsitz der Regierung im Verwaltungsrat der St. Galler Spitalverbände. Dazu kommt die hohe strategische Verantwortung für den Service Public im stationären Gesundheitswesen. „Heute haben wir eine straff und ausgezeichnet geführte Gesundheitsversorgung. Wohin entwickelt sich die heute ausgezeichnete Struktur der St.Galler Spitallandschaft? CVP, FDP und SVP werden die Verantwortung übernehmen müssen, sollte im Kanton St.Gallen eintreten, was in anderen Kantonen wie in Appenzell Ausserrhoden, Zug oder Wallis eintrat: Unklarheit, Führungslosigkeit, Skandale um teilweise horrenden Verwaltungsratsgehälter“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann.

Dank der SP und Grünen diskutierte der Rat im Rahmen der PCG-Vorlage ausführlich über den Anteil von Frauen und Männern in den Unternehmen mit kantonaler Beteiligung. In sämtlichen Voten gaben KantonsrätInnen aus

allen Parteien vor, sich für einen höheren Frauenanteil in Führungsgremien einsetzen zu wollen. Das grosse „Aber“ folgte den Lippenbekenntnissen indes auf dem Fuss: Quoten führten nicht zum Ziel, die Frauen schafften den Sprung in die Führungsgremien der Wirtschaft aus eigener Kraft, glauben viele bürgerliche VotantInnen. Tun sie eben nicht, hielten SP- und Grüne-KantonsrätInnen dagegen: Der Anteil der Frauen liegt flächendeckend weit unter den von der Fraktion von SP und Grünen geforderten 30 Prozent. Dabei wird es voraussichtlich auch bleiben: Jetzt müssen dank der Gesetzesergänzung lediglich „beide Geschlechter vertreten“ sein.

### **Steuergerechtigkeit jetzt!**

Die Initiative „Zukunft dank gerechter Vermögenssteuern“ will eine Progression einführen, die hohe Vermögen ab 2 Mio. Franken stärker besteuert. Der Kantonsrat lehnt diese ohne Gegenvorschlag ab. Damit droht, dass vermögende St.GallerInnen ihre Steuerprivilegien behalten können. Im kommenden Juni wird das St.Galler Stimmvolk über die Initiative abstimmen.

### **Aufgaben- und Finanzplan: Endlich positive Signale für das Staatspersonal**

„Das Staatspersonal erwartet ein positives Signal aus dem Kantonsrat“, so Maria Huber, SPKantonsrätin und Präsidentin der Personalverbändekonferenz. Das St.Galler Staatspersonal wünscht sich einen guten und verlässlichen Arbeitgeber – nach sieben Jahren ohne Realloohnerhöhung steht dies auf der Kippe. SVP und FDP wollten auch für nächstes Jahr eine weitere Lohn-Nullrunde. Denkbar knapp, mit 52 Ja- zu 57 Neinstimmen bei 5 Enthaltungen sprach sich der Rat prinzipiell für eine Realloohnerhöhung von 1 Prozent für 2016 aus. Definitiv entschieden wird erst in der Budgetdebatte im November.

Keinen Erfolg hatte die SP-Grüne-Fraktion mit ihrem Ansinnen, die Gewinnausschüttung der Nationalbank ordentlich zu budgetieren. Zuletzt schüttete die Nationalbank 80 Mio. Franken an den Kanton St.Gallen aus. Die SP-Grüne-Fraktion fürchtet, dass nicht budgetierte Einnahmen aus Bern ins Eigenkapital fließt – und dort für weitere Steuersenkungen für sehr gut Verdienende verwendet wird.



Die SP und die Grüne Partei gratulieren Benedikt Landolt zu seiner Wahl zum Kantonsrichter am Sessionsmontag.

St.Gallen, 26. Februar 2015

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär

## SP St.Gallen nominiert für den Nationalrat



### Fortsetzung von Ausgabe Nr. 159

#### ▪ Steckbriefe der KandidatInnen von SP und Gewerkschaften für den Nationalrat:

##### **Arber Bullakaj**

Persönlich: Geb. 05.04.1986, Geburtsort Prizren, Kosovo; Bürgerort Wil SG; Adresse Säntisstrasse 24, 9500 Wil SG.

Ausbildung: 2002-2007 Kantonsschule am Brühl SG (WMS);

2007-heute: Diverse Weiterbildungen im Bereich Finanzen & Microsoft Office.

Beruf: 2011 – heute A&O Consulting, Inhaber und Geschäftsführer. Unternehmerischer Aufbau und Führung von diversen Geschäftszweigen (Consulting, Treuhand, Finanzberatung und weitere; weitere Infos auf [www.a-o-consulting.com](http://www.a-o-consulting.com)); 2012 – 2013 Lodestone Management Consultants AG als Global Transactions Manager: globale Verantwortung für FI Prozesse im Bereich Transactions. Umsätze/ Fakturierung & Debitoren (Europa), Kreditoren, Intercompany (global). SAP Key User; 2011 – 2012 Eaton Automation AG, St. Gallen als Controller: Aufbau und Sicherstellung Controlling-Instrumente für gesamte Geschäftseinheit. Projektcontrolling, Kostenstellen-controlling, operative Planung; 2007 – 2011 S&T Schweiz

Consulting AG (vormals IMG): zu Beginn als Praktikant, zuletzt als Manager Accounting (CH, DE, AT, GB) und Mitglied der GL.



Engagement: Verein Freiwillige Arbeitsgruppe für Integration im Raum Wil (Fair Wil); Präsident und Mitbegründer (mehr Infos auf [www.fairwil.ch](http://www.fairwil.ch)), akutell über 70 Mitglieder; FAIR Schreibbüro (Aufbau eines Schreibbüros); Petition für faire und moderne städtische Demokratie mit aktuell 380 Unterschriften in Wil.

Politik: Seit Januar 2013 Stadtparlamentarier Wil SG (mehr Infos auf <https://www.facebook.com/Arber.Bullakaj.Politik> (über 1200 Likes)); In den letzten Jahren in div. Nicht-Ständigen Kommissionen; seit August 2014 Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

##### **Dominik Dietrich**

Beruf und politische Ämter: Regionalsekretär bei syndicom - Gewerkschaft Medien und Kommunikation, Präsident des städt. Gewerkschaftsbunds St. Gallen, Vorstandsmitglied des kant. Gewerkschaftsbunds St. Gallen, Mitglied der Kommission für Gender – und Familienfragen der Stadt St. Gallen, Mitglied im Parteivorstand SP Stadt St. Gallen, Mitglied der Gewerkschaften syndicom und Unia.

Beruflicher Werdegang: Von 2002 – 2006 Berufslehre als Drucktechnologe bei der Firma Zollikofer AG in St. Gallen. Anchl. Leitung der Abteilung «Kleindruck» und die Ausbildung der Lernenden. 2008 wurde bei der Zolli-

kofer AG eine Reorganisation durchgeführt, welche über 20 Kolleginnen und Kollegen – auch mir – den Arbeitsplatz kostete. Nach kurzer Arbeitslosigkeit Anstellung in der Mediengewerkschaft comedia als Regionalsekretär (seit 2009 syndicom).



Nationalratswahlen 2015 – meine Motivation:

Gewerkschaftliche Anliegen innerhalb der politischen Landschaft stärken; Sorge vor der Entsolidarisierungskampagne vieler bürgerlicher Politikerinnen und Politiker, vor ihren Angriffen auf unsere Sozialwerke und vor ihrer Tendenz der vorsorglichen Kriminalisierung von KollegInnen mit Migrationshintergrund. Stärkung der Personenfreizügigkeit und mit ihr die bilateralen Verträge, welche Voraussetzung für die flankierenden Massnahmen sind. Im Zentrum meines politischen Handelns stehen die Menschen. Ich trete für die Wahrung der Menschenrechte ein und für die Freiheit der Einzelnen im Sinne einer sozialen Selbstbestimmung.

### **Peter Hüppi**

Schaufelbühl, 8738 Uetliburg

Geboren am 10. Juli 1971, verheiratet, 2 Kinder

Zugchef bei der SBB in Zürich

Präsident der SP Wahlkreis See – Gaster

Präsident Kath. Kirchgemeinde Gommiswald

Mitglied GPK polit. Gemeinde Gommiswald

Mitglied Kath. Kollegium St. Gallen



Peter Hüppi wurde am 10. Juli 1971 in Gommiswald geboren. Er ist in einer Grossfamilie auf dem elterlichen Bauernhof in Gommiswald aufgewachsen. Nach der Sekundarschule machte er die Lehre als Kondukteur bei der SBB in Rapperswil. Dort arbeitete er während 21 Jahren bevor er dann 2010 nach Zürich wechselte. Während dieser Zeit besuchte er diverse Weiterbildungen und absolvierte diverse Sprachaufenthalte.

Schon früh engagierte er sich in Jugendvereinen im Heimatdorf. Bei der Eisenbahngewerkschaft SEV wurde er bereits mit 19 Jahren Aktuar, später Kassier und schliesslich zum Präsidenten der Sektion Rapperswil gewählt. Dieses Amt hatte er rund 10 Jahre inne. Die Gewerkschaftsarbeit, aber auch die ländliche Herkunft prägte seine politische Haltung, somit engagierte er sich bei diversen Veranstaltungen für die sozialen Werte in der Schweiz.

Im Jahr 1998 heiratete Peter Hüppi und zog von Rapperswil zurück ins Heimatdorf Gommiswald. Ein Jahr später wurde er Vater von Zwillingmädchen. Für die Jungwacht-Blauring Gommiswald übernahm er das Präsesamt, welches er bis heute führt. 2006 wählte man ihn als Verwaltungsratspräsident der Kirchgemeinde Gommiswald. Der Bau des neuen Pfarreizentrums und die Fusion mit den Kirchgemeinden Ernetschwil und Rieden sind Meil-

ensteine in seiner Funktion. Ebenfalls wurde er als Mitglied des Kirchenparlaments des Konfessionsteils des Kantons St. Gallen gewählt. In der Geschäftsprüfungskommission der fusionierten, politischen Gemeinde Gommiswald ist er seit 2013 Mitglied. Zudem übernahm er vor zwei Jahren das Präsidium der Wahlkreispartei der SP See – Gaster.

## Katharina Linsi



Persönlich: Geboren am 25.3.1963;  
Kontakt: Löwenhofstrasse 2, Postfach 205,  
9424 Rheineck; 071 888 32 60, 079 291 88 03, [k.linsi@bluewin.ch](mailto:k.linsi@bluewin.ch);  
[www.katharinalinsi.ch](http://www.katharinalinsi.ch);

ledig, keine Kinder.

Beruf: Dipl. Pflegefachfrau, heutige berufliche Funktion: Lehrbeauftragte am Bildungszentrum für Gesundheit BfG Weinfelden, Geschäftsführende Präsidentin CURACASA, Fachverband, Freiberufliche Pflege Schweiz, Freiberuflich tätige Pflegefachfrau im Spitexbereich.

Politik: Stadträtin Rheineck;

Ämter in Verbänden: Vize-Präsidentin palliative ostschweiz; Mitglied Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen und -männer SG TG AR AI (Präsidentin bis 2011); Vorstandsmitglied Schweizerische Gesellschaft für Gesundheitspolitik SGGP Sektion Ostschweiz; Mitglied Regionalkomitee Pro Senectute Rorschach/Rheintal; Co Präsidentin Verkehrsverein Rheineck; u.a. m.

Hobbies: Joggen, lesen, kochen und grillieren, Jazzmusik.

Politische Schwerpunkte: Gesundheit, soziale Sicherheit, Bildung.

Aussagen zu meinen Schwerpunkten:

Gesundheitsversorgung: Für die Bevölkerung sollen in der Grundversorgung entsprechend den Bedürfnissen Dienstleistungen für alle zur Verfügung stehen. Die angebotenen Dienstleistungen müssen der demographischen Entwicklungen und der Zunahme von chronisch kranken Menschen Rechnung tragen und die Eigenverantwortlichkeit der einzelnen mit einbeziehen. Gesundheitsvorsorge und Prävention müssen dabei im Vordergrund stehen. Palliative Care als ein Pflege- und Betreuungskonzept soll flächendeckend umgesetzt werden.

Einem drohenden Personalnotstand bei der Pflege und Ärzten müssen mit verschiedenen Massnahmen vorbeugend gehandelt werden. Abgesehen von der Steigerung der Attraktivität dieser Berufe, muss auch der Freiwilligenarbeit und der Tatsache, dass wir auf ausländisches Personal angewiesen sind, Sorge und Rechnung getragen werden.

10.01.2015

Guido Berlinger-Bolt

## SP-Grüne-Kantonsratsfraktion:

### Durchschaubares Versteckspiel mit Kantonsfinanzen

*Alle Jahre wieder: Die St.Galler Regierung rechnet mit einem Defizit – am Ende des Rechnungsjahres winkt ein satter Überschuss! So geschehen auch heuer wieder: 53,9 Mio. Franken Abweichung zu den budgetierten roten Zahlen. Die SP-Grüne-Fraktion im Kanton St.Gallen reagiert auf dieses fast schon traditionelle Versteckspiel mit Unverständnis und fordert mehr Transparenz.*

Fast 24 Mio. Franken beträgt der Überschuss der Staatsrechnung 2014. Dies im Wesentlichen dank höherer Steuereinnahmen und einem höheren Anteil an den direkten Bundessteuern. – Höhnisch muss dies auf all jene wirken, die unter den Lasten der Sparpakete der letzten Jahre leiden. „St.Gallen könnte – will aber nicht“, so Peter Hartmann, Fraktionspräsident der SP und Grünen im St.Galler Kantonsrat. „St.Gallen könnte den Haushalten mit tiefen und mittleren Einkommen mehr Unterstützung bieten. Seit Jahren jedoch

werden die Leistungen nach unten geschraubt. Die Staatsfinanzen haben sich derweil auf tiefem Spar-Niveau eingependelt.“

Tatsächlich bekommen viele Familien die Wirkung der Sparmassnahme bei der Individuellen Prämienverbilligung zu spüren. Statt tatsächlich von diesem immer grösser werdenden Familienbudgetposten entlastet zu werden, erspart sich der Kanton lieber einen Überschuss in der Rechnung. Bemerkenswert aus Sicht der SP und Grünen ist zudem die Punktlandung bei den Ausgaben – dies trotz einigen Mehrausgaben und der Umstellung der Rechnungslegungsstandart. Die Umstellung auf HRM2 verursachte eine nicht budgetierte Nettobelastung von knapp 31 Mio. Franken. Für die SP und Grünen entspricht dies effektiv einer zusätzlichen Besserstellung der Rechnung um diesen Betrag.

Gemäss Bettina Surber, Mitglied der Finanzkommission und SP-Nationalratskandidatin, ist es „an der Zeit, dass die Regierung zu einer lebensnaheren Budgetierung zu finden und mit der Schwarzmalerei während des Budgetprozesses und der aufgesetzten Überraschung über den schon traditionellen Besserabschluss aufhört.“ Zudem muss die Fraktion von SP und Grünen (leider ebenfalls traditionell!) weiter fordern, die Drohungen mit Roten Zahlen einzustellen und stattdessen an der Einnahmeseite der Staatsrechnung anzusetzen. Ein Wort wird die St.Galler Stimmbevölkerung am 14. Juni 2015 hier mitreden können. Dann werden wir über die Steuergerechtigkeitsinitiative von SP und Grünen abstimmen: Mit der Einführung einer leichten Progression bei der Vermögenssteuer sollen all jene wieder mehr zum robusten, ausgleichenden und gerechten St.Galler Staat beitragen, die in den letzten acht Jahren von den ständigen Steuergeschenken profitiert hatten, die BürgerInnen mit hohem und sehr hohem Vermögen nämlich!

**St.Gallen, 18. März 2015** Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne-Fraktion,  
Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär

## Unterstützung für St.Galler Stiftsbibliothek

Der St.Galler Stiftsbezirk als Unesco-Weltkulturerbe ist unbestrittenermassen ein bedeutendes Kulturgut, eine sehr wichtige Einrichtung für Wissenschaft und Forschung sowie ein attraktiver Anziehungspunkt für Gäste. Wichtiger Teil davon ist die Stiftsbibliothek mit ihrem Schatz an Hand- und Druckschriften, darunter zahlreiche unverzichtbare Unikate, aus weit über 1000 Jahren.

Mit der um CHF 3 Mio. leicht aufgestockten Kulturbotschaft hat der Ständerat am 12. März 2015 der St.Galler Stiftsbibliothek neue Perspektiven eröffnet. Diese will mit der möglichen finanziellen Unterstützung des Bundes einen geplanten Aufbau eines Schweizerischen Kompetenzzentrums für Kloster- und Schriftgeschichte umsetzen. Eine wichtige Weiterentwicklung und Aufwertung der Stiftsbibliothek St.Gallen und des Tourismusstandortes St. Gallen.

Die Beratungen zur Kulturbotschaft gehen ohne Verzögerungen im Nationalrat weiter. Damit das im Ständerat erreichte Ergebnis gehalten werden kann, braucht es weitere und zusätzliche Lobbyarbeit im Zweitrat. Dazu ist auch ein klares Bekenntnis der Regierung zur Unterstützung der zusätzlichen Perspektiven für die St.Galler Stiftsbibliothek notwendig und hilfreich. Wir danken der Regierung für die Unterstützung und die Beantwortung der Fragen:

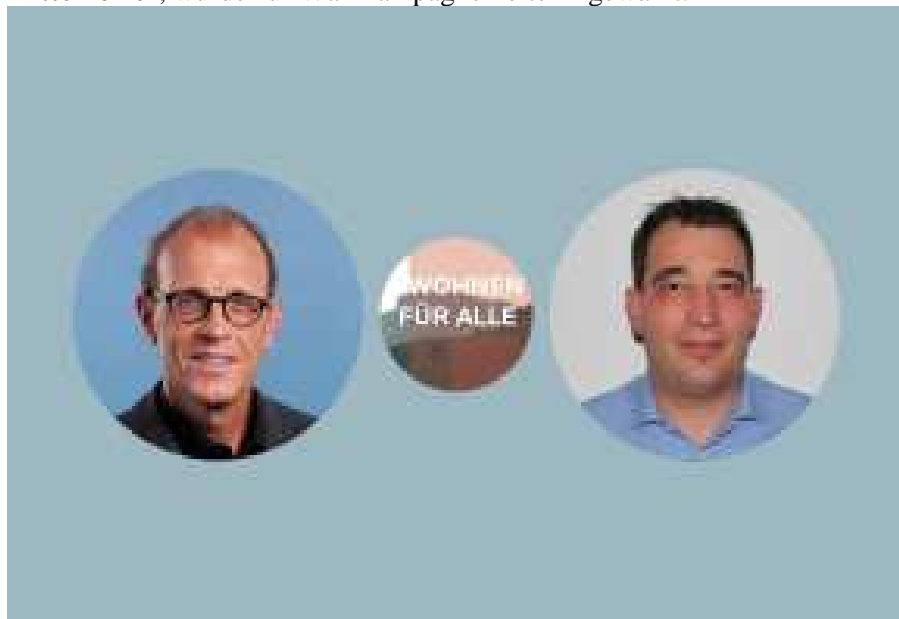
1. Wie beurteilt sie die zusätzlichen Perspektiven für die St.Galler Stiftsbibliothek durch den möglichen Aufbau eines Schweizerischen Kompetenzzentrums für Kloster- und Schriftgeschichte?
2. Welche Massnahmen zur Unterstützung der leicht, aber entscheidend erweiterten Kulturbotschaft des Bundes sieht sie im Vorfeld der Beratungen in der nationalrätlichen Kommission vor?

**19. März 2015 Michael Götte - Tübach / Thomas Scheitlin – St.Gallen / Werner Ritter - Altstätten / Peter Hartmann – Flawil über: Guido Berlinger-Bolt | SP St. Gallen**

## SP Kanton Appenzell Innerrhoden

### SP AI mit glaubhaften Alternativen

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) nominierte an ihrem Wahlparteitag vom 28. Februar Erich Kiener aus Appenzell als Kandidat für die Gesamterneuerungswahlen im Grossen Rat vom 3. Mai. Zudem entschied sie, mit ihrem Präsidenten, **Martin Pfister**, zu den Nationalratswahlen vom 18. Oktober anzutreten. Die Vizepräsidentin, **Daniela Mittelholzer**, wurde zur Wahlkampagnenleiterin gewählt.



v. li.: Martin Pfister, Kandidat für den Nationalrat, Erich Kiener, Kandidat für den Grossen Rat

Beide Kandidaten sagen «Ja» zu einer offenen, gerechten und solidarischen Gesellschaft. Sie stehen für bezahlbare Wohnungen, faire Löhne und sichere Renten ein. Diese Forderungen verbessern das Leben der Menschen und das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ganz konkret und gezielt. Mit ihrer

Politik «für alle statt nur für ein paar Privilegierte» bietet die SP AI für die Wahlen vom 3. Mai und vom 18. Oktober glaubhafte Alternativen.

Appenzell, 1. März 2015

Kontakt:

Martin Pfister, Präsident

SP AI

079 713 74 84

Dani Wiedmer, Co-Parteisekretär [info@sp-ai.ch](mailto:info@sp-ai.ch)

## Kandidatenportrait

### ERICH KIENER

#### KONTAKT

GAISHAUSSTRASSE 45

9050 APPENZELL

T 071 793 36 60

M 078 878 18 60

G 071 791 66 61

[KIENER.ERICH@GMAIL.COM](mailto:KIENER.ERICH@GMAIL.COM)

#### LEBEN

LEDIG, HEIRAT IM SOMMER 2015

1 TOCHTER (1 JAHR ALT) GEBOREN AM 02.11.1973 IN LUZERN

SEIT 1995 WOHNHAFT IN APPENZELL

#### SCHULEN

1979 - 1984 5 JAHRE PRIMARSCHULE IN KIRCHLEERAU AG

1985 - 1989 4 JAHRE SEKUNDARSCHULE IN SCHÖFTLAND AG

#### AUSBILDUNG UND BERUF

1990 - 1992 LEHRE ALS SERVICEFACHANGESTELLTER IM RESTAURANT CHEZ JEANNETTE, AARAU

1989 - 1992 VERSCHIEDENE SAISONSTELLEN

1994 1 MONAT ENGLISCHSCHULE IN SYDNEY UND 6 MONATE REISEN DURCH AUSTRALIEN

1995 - 2001 CHEF DE SERVICE IM HOTEL HOF WEISSBAD, APPENZELL

2001 - 2003 BETRIEBSASSISTENT IN DER KLINIK GAIS AG, GAIS

SEIT 2003 BEREICHSLEITER HOTELLERIE IN DER KLINIK GAIS AG, GAIS



## **WEITERBILDUNGEN**

2003 EIDG. DIPLOMIERTER RESTAURATEUR G1/G2/G3 AG

## **MEINE MOTIVATION FÜR EINE KANDIDATUR ALS GROSSER RAT 2015**

NACH EIN PAAR JAHREN ALS SYMPATHISANT DER GFI UND DER SP/AI MÖCHTE ICH AM POLITISCHEN GESCHEHEN IN APPENZELL AKTIV WERDEN UND MITWIRKEN. ES WIRD ZEIT, DASS DIE SP IN APPENZELL EINZUG IM GROSSEN RAT ERHÄLT.

DIE ZEIT IST REIF, FÜR EINE STARKE SOZIALDEMOKRATISCHE STIMME IN APPENZELL.

## **ICH STEHE EIN FÜR:**

GERECHTE LÖHNE

DIE SCHERE VON ARM UND REICH DARF NICHT NOCH WEITER AUSEINANDER GEHEN

SOZIALE GERECHTIGKEIT, FÜR DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF UND FÜR EINE ZUKUNFTSORIENTIERTE UMWELTPOLITIK FAIRE MIETEN IN APPENZELL

ICH WÜRDTE MICH RIESIG ÜBER EINE NOMINIERUNG ZUM KANDIDATEN FÜR DEN GROSSEN RAT FREUEN.

MIT SOLIDARISCHEN GRÜSSEN ERICH KIENER

## **Kandidatenportrait**

### **MARTIN PFISTER**

SCHULISCHER SOZIALARBEITER / SOZIALPÄDAGOGE

#### **KONTAKT**

SCHMALZGRÜEBLI KAUSTRASSE 197

9050 APPENZELL

T 071 780 07 23

M 079 713 74 84

[M-PFI@BLUEWIN.CH](mailto:M-PFI@BLUEWIN.CH)

[WWW.MARTINPFISTERAPPENZELL.CH](http://WWW.MARTINPFISTERAPPENZELL.CH)

## **LEBEN**

LEDIG GEBOREN AM 14. AUGUST 1954 IN EMBRACH/ZH

SEIT 2002 IN GONTEN/APPENZELL WOHNHAFT

## **AUSBILDUNG UND BERUF**

1975-1980 STUDIUM UND ARBEIT ALS PRIMARLEHRER IN RORBAS/ZH

1980-1982 STUDIUM HEILPÄDAGOGIK

1982-1996 LEITER EINER WOHNGRUPPE IM JUGENDHEIM PLATANENHOF IN OBERUZWIL/SG

1997-2002 MITARBEIT ALS „GALTLIGHIRT“ AUF DER FÄHLENALP

SEIT 1997 SCHULISCHER SOZIALARBEITER/SOZIALPÄDAGOGE IN DER SCHULE HERISAU

2000 ABSCHLUSS DER MEHRJÄHRIGEN WEITERBILDUNG IN SYSTEMTHERAPIE

SEIT 2003 NEBENAMTLICHES ENGAGEMENT IN KOSOVA

## **POLITISCHES ENGAGEMENT**

2004-2012 PRÄSIDENT DER GRUPPE FÜR INNERRHODEN (GFI)

2009-2012 VERTRETER DER GFI IN DER SP SCHWEIZ

SEIT 2010 MITGLIED DER SP SCHWIEZ 2011 NATIONALRATSKANDIDAT DER GFI

2012 GRÜNDUNGSMITGLIED DER SP AI

SEIT 2012 PRÄSIDENT DER SP AI

SEIT 2013 MITGLIED DER GESCHÄFTSLEITUNG DER SP SCHWEIZ

2014 MITINITIATOR DER INNERRHODER INITIATIVE „WOHNEN FÜR ALLE“

## **MEINE MOTIVATION FÜR EINE KANDIDATUR ALS NATIONALRAT 2015**

ALS SCHULSOZIALARBEITER ERFAHRE ICH TÄGLICH, WIE WICHTIG ES IST, FÜR DIE WÜRDE DER MENSCHEN EINZUSTEHEN UND DAS ZUSAMMENLEBEN SO ZU GESTALTEN, DASS ALLE EINEN FESTEN PLATZ HABEN. DOCH DIE KLUFT ZWISCHEN ARM UND REICH ÖFFNET SICH IMMER STÄRKER, WEIL GELD NICHT DIENER SONDERN HERRSCHER UNSERER GESELLSCHAFT IST. DIE WIRTSCHAFT HAT JEDOCH IM DIENSTE DIESER GESELLSCHAFT ZU STEHEN UND NICHT UMGEKEHRT. UNSER ZUSAMMENLEBEN IST ERST DANN WIRKLICH DEMOKRATISCH, WENN AUCH ORTE, WO REICHTUM UND ÖKONOMISCHE MACHT VERTEILT WERDEN, DEMOKRATISCH ORGANISIERT SIND. ICH ENGAGIERE MICH FÜR EINE GESELLSCHAFT, DIE SICH AN DEN GRUNDWERTEN VON FREIHEIT, DEMOKRATIE, GERECHTIGKEIT, OFFENHEIT UND SOLIDARITÄT ORI-



ENTIERT UND AUCH FÜR DIE SCHWÄCHSTEN EINSTEHT. WIR SIND DANN STARK, WENN ES UNS ALLEN GUT GEHT – IN UNSEREM PERSÖNLICHEN UMFELD, IN APPENZELL INNERRHODEN, IN DER SCHWEIZ, IN EUROPA UND AUCH WELT WEIT. VIELE WICHTIGE POLITISCHE FRAGEN WERDEN AUF BUNDESEBENE ENTSCHIEDEN. DESHALB STELLE ICH MICH DER SP AI ALS KANDIDAT FÜR DEN NATIONALRAT ZUR VERFÜGUNG UND BIETE DEN INNERRHODER WÄHLERINNEN UND WÄHLERN MIT UNSERER POLITIK FÜR ALLE STATT FÜR WENIGE EINE KLARE ALTERNATIVE.

**Verantwortlich:**

**Sozialdemokratische Partei Kanton Appenzell Innerrhoden**

**Schmalzgrüebli, Kaustrasse 197**

**9050 Appenzell**

**Telefon +41 (0)71 780 07 23**

## **Politischer Frühling (Terminliste)**

### **Informationen zu Aktivitäten der SP AI im Frühling 2015:**

- 11. April: Landsgemeindeversammlung
- 26. April: Landsgemeinde
- 1. Mai: Tag der Arbeit (Filmabend)
- 3. Mai: Bezirksgemeinden
- 8. Mai: Gedenktag zum Ende des 2. Weltkrieges (Pflanzen einer Linde)
- Mitte Juni: Politikaffee zur Vorstellung der Basiskampagne zu den Nationalratswahlen

**Hinweis:**

**Der 3. ordentliche Parteitag findet am Samstagnachmittag, 22. August statt.**



## **Informationsveranstaltung zur Initiative «Wohnen für alle»**

Das überparteiliche Initiativkomitee organisiert am Montag, 30. März, um 19.30 Uhr im Restaurant Alpstein in Appenzell eine öffentliche Podiumsveranstaltung zur Initiative «Wohnen für alle». An der Landsgemeinde wird über diese Initiative abgestimmt. Sie verlangt in Appenzell Innerrhoden mehr zahlbare und qualitativ hochwertige Mietwohnungen und Gewerberäume. Dazu soll der Kanton zusammen mit den Bezirken und Privaten eine Genossenschaft betreiben, die den nicht-renditeorientierten Wohnungsbau fördert. Diese Genossenschaft erwirbt Land und Immobilien, die sie im Bau-recht an gemeinnützige Bauträger abgibt. Somit bleiben der Boden und dessen Erträge bei uns und beim Kanton. Appenzell Innerrhoden wird nicht der Immobilienfinanzbranche und deren andauernden Preissteigerung preisgegeben. Die Wohnkosten werden bis zu 20 Prozent günstiger. Davon profitieren alle.

Auf dem Podium diskutieren unter der Leitung von Roger Fuchs, Journalist, von der Pro-Seite Jacqueline Badran, Nationalrätin, SP ZH und Mitautorin der Initiative sowie Martin Pfister, Präsident des Initiativkomitees. Die Gegenseite vertreten Fefi Sutter, Grossrat, KGV und Immobilienökonom sowie Urs Schläpfer, Immobilienfachmann SIMUBA Appenzell.

Die Bevölkerung ist zu dieser Veranstaltung **am 30. März im Restaurant Alpstein** herzlich eingeladen, um sich über diese wichtige Landsgemeindevorlage zu informieren.

**Initiativkomitee «Wohnen für alle»**

18.03.2015 Kontakt:

**Martin Pfister, Präsident  
Dani Wiedmer, Sekretär**

## **Von bezahlbaren Wohnungen profitieren alle**

Das überparteiliche Initiativkomitee eröffnet an seiner Medienkonferenz vom 27. März die Abstimmungskampagne zur Initiative «Wohnen für alle», worüber die Innerrhoder Stimmbevölkerung an der diesjährigen Landsgemeinde abstimmt. Diese Initiative schafft in Innerrhoden Bedingungen für bezahlbare Mietwohnungen und Gewerberäume.

Die Initiative «Wohnen für alle» verlangt in Appenzell Innerrhoden die stete Erhöhung des Anteils an zahlbaren Mietwohnungen und Gewerberäumen im Eigentum von gemeinnützigen Wohnbauträgern. Dazu soll der Kanton mit den Bezirken und Privaten eine Genossenschaft betreiben, die Land und Immobilien erwirbt und im Baurecht an gemeinnützige Wohnbauträger abgibt. Damit fördert sie den nicht-renditeorientierten Wohnbau. Wohnungen werden bis zu 20 Prozent günstiger, weil sie der andauernden Preissteigerung entzogen werden. Der Boden und dessen Erträge bleiben somit in öffentlicher Hand. Davon profitieren alle.

An der Medienkonferenz informieren drei Mitglieder des überparteilichen Initiativkomitees: Martin Pfister, Präsident, Erich Kiener, Grossratskandidat und Jaques-Michel Conrad, Geschäftsführer von *Wohnbaugenossenschaften Ostschweiz*.

#### **Bezahlbare Wohnungen für alle statt Profite für einige wenige**

Erich Kiener weist darauf hin, dass in Innerrhoden trotz Bauboom ein Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen herrscht. «Besonders Familien, aber auch Junge, welche selbständig wohnen und ältere Menschen, die aus ihrem Wohneigentum in eine altersgerechte Wohnung umziehen möchten, haben grosse Mühe, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Bodenpreise und Wohnkosten steigen stärker als Teuerung und Lohnentwicklung. Bewohnerinnen und Bewohner sind jedoch nicht dazu da, um mit ihrem Arbeitseinkommen die hohen Gewinne einiger weniger im Immobilienmarkt zu finanzieren. Diese Initiative ist wichtig. Sie schafft bezahlbare Wohnungen für alle statt Profite für einige wenige.»

#### **Initiative schafft Heimat**

Martin Pfister bekräftigt, dass die Schaffung von günstigem Wohnraum nicht nur mittlere und kleinere Einkommen sondern alle betrifft. «Diese Initiative fördert eine gute Durchmischung der Bevölkerung. Damit trägt sie in unserem Kanton zu einem funktionierenden Gemeinwesen bei. So entsteht Heimat. Diese Initiative entspricht der Innerrhoder Tradition der Korporationen. Genau wie die Stiftung Korporation Ried und Forren schafft die in der Initiative geforderte Genossenschaft günstigen Wohnraum durch die Abgabe von Bauland im Baurecht. Der Boden und dessen Erträge werden nicht der

Immobilienfinanzbranche und deren andauernden Gewinnoptimierung und Wohnpreissteigerung preisgegeben, sondern bleiben bei uns. Dies kommt uns allen zu Gute.»

#### **Investition in die Zukunft**

Der Geschäftsführer von Wohnbaugenossenschaften Ostschweiz, Jacques Michel Conrad, vermisst bei vielen Gemeinden den Mut zu einer aktiven Bodenpolitik. «Wie im Argumentarium des Initiativkomitees richtig festgehalten, ist eine aktive Bodenpolitik der öffentlichen Hand eine gute Investition in die Zukunft. Sie sollte eine selbstverständliche Daueraufgabe jeder Gemeinde sein. Das knappe Gut Boden – Bauland wie bestehende Liegenschaften –, soll wo immer möglich dauerhaft der Spekulation entzogen und gemeinnützigen Wohnbauträgern im Baurecht abgegeben werden. Das garantiert langfristig bezahlbaren Wohnraum für eine breite Mittelschicht. Und dass gewisse Kreise gar keine Freude an dieser Initiative haben, ist ein starker Hinweis darauf, dass sie notwendig ist.»

Das Initiativkomitee überlässt Appenzell Innerrhoden nicht der Immobilienfinanzbranche mit ihrer Gewinnoptimierung und andauernden Preissteigerung. Die Initiative «Wohnen für alle» schafft Bedingungen, damit in Innerrhoden Wohnen für alle möglich ist.

**Appenzell, 27. März 2015**

**Kontakt:**

**Initiativkomitee «Wohnen für alle»**

**Martin Pfister, Präsident 079 713 74 84**  
**Dani Wiedmer, Sekretär [info@sp-ai.ch](mailto:info@sp-ai.ch)**

#### **Weiterführende Informationen:**

<http://www.sp-ai.ch/de/themen/wohnen-fuer-alle>

Facebook «Wohnen für alle»

## Wer hätte das sich vorstellen können?

Im sonst bürgerlich-schwarzen kleinen Kanton Appenzell-Ausserrhoden, von Heiden, Wolfhalden und Walzenhausen hoch über dem Bodensee bis zum Säntis hat es jetzt im 3. Anlauf ein Sozialdemokrat am gestrigen Wahlsonntag geschafft, zum Landammann gewählt zu werden.

Es ist der Gesundheitsdirektor **Matthias Weishaupt** von der SP Appenzell-Ausserrhoden. Ein Landammann ist in kleineren Schweizer Kantonen der Regierungspräsident der Kantonsregierung. Regierungsrat (Minister) war Matthias Weishaupt vorher schon, zuständig für das Gesundheitsdepartement. Ein herzlicher Glückwunsch an die SP Appenzell-Ausserrhoden, an Matthias Weishaupt und an Martin Engler (Heiden).

09.03.2015

Willi Bernhard  
SPD/SBI

### Erläuterung:

**Der Landammann** entspricht in einem deutschen Bundesland dem Ministerpräsidenten

### Noch eine Besonderheit: Die Landsgemeinde

Landsgemeinden gibt es heute noch in den Kantonen Appenzell Innerrhoden und Glarus. Sie sind die höchste kantonale Instanz. So entscheidet die LG sowohl in Appenzell Innerrhoden als auch in Glarus über Verfassungsänderungen, Gesetze und grössere Ausgaben. In Appenzell Innerrhoden wählt die Landsgemeinde auch die Regierung, nur in Glarus ist sie zuständig für die Festsetzung des Steuerfusses. An beiden Landsgemeinden kann jeder und jede Stimmberechtigte zu einer Frage das Wort ergreifen; bei der früheren Landsgemeinde von Appenzell Ausserrhoden hingegen war im Ring keine Diskussion möglich. Beim Abstimmen oder «Mehren» (gesetzliche Bezeichnung des Abstimmens) wird in Glarus der Stimmrechtsausweis in die Höhe gehalten. In Appenzell Innerrhoden gilt das offene Handmehr. Um dort in den Ring, den Bereich der Stimmberechtigten, zu gelangen, kann neben dem papierenen Stimmrechtsausweis auch der meist ererbte Degen (Seitengewehr genannt) vorgezeigt werden.

d. R.

## Für den Schnellzug Konstanz – St. Gallen

**Die Finanzierung des geplanten Schnellzug Konstanz – St. Gallen durch den Bund ab Dezember 2015 ist wegen neuen Sparmassnahmen gefährdet.**

Das kann doch nicht wahr sein: Der Bund investiert 134 Millionen Franken in die einspurige Bahnlinie Konstanz – St. Gallen für einen Schnellzug und ein halbes Jahr vor Inbetriebnahme, will er die Einführungskosten für dieses neue Angebot sparen. Welcher private Reisebusunternehmer vergrössert seine Flotte und stellt dann die neuen Busse in seine Garage, weil er die Einführungskosten bis zur kostendeckenden Auslastung scheut? Warum begrüssen ein paar Ostschweizer Politiker eine so widersinnige und verschwenderische Finanzpolitik auf Kosten der Steuerzahler? Sie diffamieren den neuen Schnellzug als Lago-Express für das erfolgreiche Konstanzer Einkaufszentrum. Warum stellen sie nicht diejenigen Schweizer Händler an den Pranger, welche uns für identische Produkte mit doppelt so hohen Preisen im Vergleich zu unseren Nachbarländern abzocken? Warum sind die Schweizer Schnäppchen-Jägerinnen und –Jäger kein Thema, denen die Fahrt nach Konstanz mehr kostet, als dass sie dort sparen? Warum wird der neue Schnellzug nicht als Säntis-Express vermarktet für die vielen attraktiven Arbeitsplätze, kulturellen und touristischen Angebote rund um den Säntis? Wer nimmt dafür zwei geschlagene Stunden Fahrzeit für die Hin- und Rückfahrt mit der S-Bahn oder dem Auto in Kauf? Der neue Schnellzug braucht nur die halbe Fahrzeit.

Zugegeben, die kürzliche Aufwertung des Frankens um fast 20 Prozent ist ein harter Schlag für die Schweiz. Es ist aber seit Jahrzehnten die chronische Aufwertung gewesen, welche die Schweiz wirtschaftlich so stark gemacht hat. Sie zwingt uns alle, immer bessere Leistungen in kürzerer Zeit zu er-

bringen und Verlustgeschäfte aufzugeben. Von der Schwindsucht des Euro profitieren unsere Nachbarländer nur kurze Zeit und ohne etwas dafür zu leisten. Langfristig schadet das ihrer Konkurrenzfähigkeit und ihrem Wohl-

stand. Der Bund ist deshalb gut beraten, nicht an unserem attraktiven Bahnangebot zu sparen, welches die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert und um das uns unsere Nachbarländer beneiden. Ich danke dem Thurgauer Regierungsrat, dass er sich nicht entmutigen lässt und beharrlich weiter für den neuen Schnellzug von Konstanz nach St. Gallen kämpft.

21.02.2015

Wolfgang Schreier, 8280 Kreuzlingen

## HERZLICHE GRATULATION, CORNELIA KOMPOSCH

Die SP Thurgau ist hochofren und gratuliert der neugewählten Regierungsrätin **Cornelia Komposch** zu ihrer erfolgreichen Wahl.



Die Geschäftsleitung und die Partei dankt der Thurgauer Bevölkerung für das Vertrauen.

Mit der Wahl von Cornelia Komposch zur neuen Regierungsrätin hat die Stimme für einen sozialen und modernen Kanton weiterhin Gewicht. Mit der Wahl von Cornelia Komposch am Tag der Frau in die Thurgauer Regierung wird der Kanton ab 01. Juni erstmals durch eine Frauenmehrheit mitregiert.

### Ein positives Signal für die ganze Schweiz.

Und zugleich ein politisches Signal an alle Frauen, dass es sich lohnt, sich in der Politik zu engagieren.

Liebe Cornelia, herzliche Gratulation. Wir sind stolz auf dich.

8.MÄRZ.2015

Barbara Kern, Parteipräsidentin SP Thurgau

Foto: <http://www.cornelia-komposch.ch/>

# SPD Deutschland

## SPD Baden-Württemberg



Baden-Württemberg  
VERTRETUNG DES LANDES  
BEIM BUND



### Bundesrat berät EU-Fonds für strategische Investitionen (EFSI)

**Minister Peter Friedrich: Nur zukunftsfähige und nachhaltige Projekte werden benötigt; Experten einbinden und Investorenkonferenzen ins Leben rufen**

„Die alleinige Sparpolitik in Europa hat in die falsche Richtung gewiesen. Deshalb ist es gut und richtig, wieder mehr Anreize für mehr Investitionen zu schaffen. Der EFSIFonds kann dazu einen großen Beitrag leisten. Wichtig ist vor allem, Projekte zu identifizieren, die einen europäischen Mehrwert bringen“, sagte der baden-württembergische Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, **Peter Friedrich**, am Donnerstag, 5. März 2015. „Was wir brauchen, sind zukunftsfähige und nachhaltige Investitionen und keine verstaubten Projektideen“, betonte **Friedrich**.

Der Bundesrat befasst sich in seiner Sitzung am Freitag, den 6. März, mit dem „Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über den Europäischen Fonds für strategische Investitionen“ (TOP 14). Ziel ist die Unterstützung Wachstums fördernder Investitionen, wie strategische Infrastrukturen. Es sollen 315 Milliarden Euro für zusätzliche Investitionen mobilisiert werden, die mit 16 Milliarden Euro aus dem EU-Haushalt kommen und mit 5 Milliarden Euro von der EIB.

„Die EU ist gut beraten, bei der Auswahl von Projekten, Experten miteinzu binden. Diese können auf der Basis von Fakten entscheiden, ob auch wirklich Wachstum und Arbeitsplätze geschaffen werden oder ob nur teure Projekt-Ruinen entstehen“, machte der Minister deutlich. Ein Lenkungsrat sowie ein Investitionsausschuss sollen somit als Gremien für den EFSI fung-

ieren. Der Lenkungsrat soll gewährleisten, dass die Investitionsleitlinien, das Risikoprofil, die strategischen Grundsätze und die Portfoliostrukturen des EFSI festgelegt sind. Außerdem werden somit einzelne Projekte vom Investitionsausschuss geprüft und es wird entschieden, welche realisiert werden.

Als bedenklich werde es betrachtet, sollten aus dem Etat von Horizon 2020 Forschungsmittel zur Finanzierung des Fonds herangezogen werden. So werden Gelder aus einem Fonds verwendet, der heute bereits gut funktioniere und innovatives Wachstum ermöglicht, um ein Projekt mit noch unsicherer Wachstumswirkung zu finanzieren. „Wir müssen achtgeben, dass der Schuss nicht nach hinten losgeht“, so Friedrich.

Mit der Verordnung soll ein transparentes Investitionsprojekteverzeichnis auf EUEbene geschaffen werden, anhand dessen sich Investoren über laufende und künftige Projekte informieren können. Dies soll als Grundlage einer Investitionsentscheidung dienen. Es wird technische Hilfe zur Unterstützung der Projektauswahl und -gestaltung bereitgestellt. Der Aufbau einer Europäischen Plattform für die Beratung von Investitionen soll bei der Ermittlung, Vorbereitung und Entwicklung von Projekten in der EU helfen. „Es gilt nun, lohnende Investitionsprojekte und funktionierende Geschäftsmodelle hierfür zu entwickeln und potentielle Investoren aus der Privatwirtschaft zu gewinnen, wenn der Plan zeitnah greifen soll. Die Mitgliedstaaten und Regionen sollten sich nun darum kümmern, durch Investorenkonferenzen und geeignete Maßnahmen, gute Projektideen zu identifizieren“, stellte der Minister heraus

5. März 2015

Presse\_LV\_BW



### Baden-Württemberg legt Konzept zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vor

**Ministerpräsident Winfried Kretschmann:**

**Wir ergreifen Initiative, da wir rasch zu tragfähigem Konsens kommen müssen**

**Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid:**

## **Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem ausgewogenen und fairen Konzept Weg aufzeigen, den alle gehen können**

Die Landesregierung von Baden-Württemberg wird ein eigenes Konzept in die Verhandlungen zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen einbringen. Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid stellten das siebenstufige Gesamtkonzept heute (19. März 2015) in Berlin vor. „Wir halten es für dringend erforderlich, bis zum Sommer 2015 zu einem tragfähigen Konsens zu kommen. Deshalb ergreifen wir jetzt die Initiative“, sagte Ministerpräsident Kretschmann. „Eine Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen kann nur erfolgreich sein, wenn sie ausgewogen und fair ist. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserem Konzept einen Weg aufzeigen, den alle gehen können“, so der stellvertretende Ministerpräsident Schmid.

Das Konzept basiert auf den umfangreichen Vorarbeiten und Beratungen, welche die Regierungschefinnen und Regierungschefs von Bund und Ländern, der Bundesfinanzminister sowie die Finanzministerinnen und Finanzminister der Länder im vergangenen Jahr geleistet haben. Es sieht vor, das Aufkommen des Solidaritätszuschlags in den Einkommens- und Körperschaftssteuerartikeln zu integrieren. „Es ist die vereinbarte, gemeinsame Linie der Länder, das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag zu erhalten“, erklärte der Ministerpräsident. „Wer den Soli abschmelzen will, der muss sicherstellen, dass auf anderem Wege ausreichend Mittel auf die Länder umgeschichtet werden können.“

Im Gegenzug zur Integration des Aufkommens aus dem Solidaritätszuschlag sieht der Vorschlag von Kretschmann und Schmid vor, die Mitte der Gesellschaft um rund 2,5 Milliarden Euro jährlich zu entlasten - etwa durch den Abbau der Kalten Progression. Darüber hinaus beinhaltet das Konzept Elemente zur Entflechtung von Bundes- und Länderaufgaben, so im Bereich der Eingliederungshilfe und des Wohngelds.

Die Zinshilfen für die besonders hoch verschuldeten Länder Bremen und Saarland werden dem Konzept zufolge fortgeschrieben, die ostdeutschen Länder und Berlin werden durch Sonderbedarfszuweisungen unterstützt und der sogenannte Umsatzsteuervorwegausgleich wird bei 7,5 Prozent gedeckelt. „Bei aller Solidarität müssen aber natürlich auch die Geberländer entlas-

tet werden“, betonte Schmid. Daher sei vorgesehen, deren Spitzenbelastung abzusenken.

Der Finanzminister wies darauf hin, dass bei einer Umsetzung des Konzepts und einem zugrunde gelegten Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag in Höhe von 14,4 Milliarden Euro rund 2,5 Milliarden Euro den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern zu Gute kämen. 8,2 Milliarden Euro würden an die Länder und Kommunen fließen und 3,7 Milliarden Euro an den Bund.

„Baden-Württemberg hat stets dafür geworben, dass sich für einen Kompromiss zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen alle Seiten bewegen müssen“, sagten Schmid und Kretschmann. „Das tun wir mit unserem Konzept.“ Dieses werde nun in die weiteren Beratungen zwischen Bund und Ländern eingebracht.

19. März 2015

Presse\_LV\_BW



## **Darüber lacht die Republik – Friedrich Ebert und „seine“ Reichskanzler in der Karikatur**

### **Satirische Ausstellung wirft Schlaglicht auf die Kultur einer Epoche**

#### **Peter Friedrich: „Zum Schmunzeln und zum Nachdenken“**

Karikaturen erlebten in den vergangenen Jahrzehnten einen wahren Aufschwung. Der Humor ihrer Zeichner macht vor fast keinem Tabuthema Halt. Dass dieser Trend absolut nicht neu ist, zeigt die Ausstellung „Darüber lacht die Republik – Friedrich Ebert und „seine“ Reichskanzler in der Karikatur“, zu deren Eröffnung **Peter Friedrich**, Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten, am Montag (23. März 2015) in die Landesvertretung eingeladen hatte. Die Eröffnung wurde thematisch durch Dr. Michael Braun von der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte begleitet.

„Karikaturen regen sowohl zum Schmunzeln als auch zum Nachdenken an, das ist das faszinierende an dieser Ausdrucksform“, sagte Friedrich zur Eröffnung. „Die Ausstellung gibt einen umfassenden Einblick in die Zeit und das Wirken von Friedrich Ebert und ist eine große Bereicherung für die Landesvertretung.“ Rund 70 satirische Zeichnungen sind zu sehen, viele davon



werden erstmals in einer Ausstellung gezeigt. Im Mittelpunkt der Arbeiten steht der ehemalige Reichspräsident Friedrich Ebert und die jeweils zu seiner Zeit amtierenden Reichskanzler, wie Constantin Fehrenbach, Hermann Müller, Wilhelm Marx und viele mehr. Themen wie häufige Kanzlerwechsel und Regierungskrisen inspirierten die bekanntesten Karikaturisten ihrer Zeit zu ihren Werken. „Es ist faszinierend, wie aktuell manche der Karikaturen noch wirken. Daran kann man die hohe Qualität der Werke und ihrer Karikaturisten erkennen“, stellte Friedrich fest.

Die Auswahl der verschiedenen Karikaturen erfolgte dabei optischen und künstlerischen Gesichtspunkten, was das Verständnis ohne komplizierte Erläuterung möglich macht. Die Werke lassen sich trotz vieler Verknüpfungen zum politischen Tagesgeschehen intuitiv verstehen. Die Spannweite der Karikaturen reicht dabei von harmlos-lustig bis zu zutiefst verleumderisch und spiegelt in drastischen Bildern den Hass der politischen Gegner auf das sozialdemokratische Staatsoberhaupt und die demokratische Elite der Weimarer Republik. Kreative Installationen ergänzen die Zeichnungen und gestalten so die Ausstellung besonders anschaulich.

Die Ausstellung ist vom 24. März bis zum 16. April 2015 in der Landesvertretung zu sehen. Honorarfreie Bilder stehen zur Verfügung unter

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/mediathek/> .

23. März 2015

Presse\_LV\_BW

**ASF:**

## **„Starke Frauen für eine starke Welt – Kampagne Peking+20“**

***Anlässlich des Internationalen Frauentags am 8. März erklären Hilde Mattheis, MdB und Andrea Schiele, Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF):***

„Die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking war ein historischer Durchbruch für die weltweite Gleichstellung der Geschlechter. Dieser Konferenz verdanken wir Gleichstellungsbeauftragte, die Diskussionen um Lohnunterschiede

und Frauen in Aufsichtsräten sowie das Eintreten gegen häusliche Gewalt gegen Frauen.

20 Jahre später müssen wir aber feststellen, dass sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Frauen zwar in den meisten Ländern deutlich verbessert haben, eine tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern dennoch bisher in keinem Land erreicht wurde. In Deutschland verdienen Frauen im Durchschnitt immer noch weniger als Männer, sind in Führungspositionen deutlich unterrepräsentiert und jede dritte wird Opfer häuslicher Gewalt.

Es ist an der Zeit, Armut und bestehende Ungerechtigkeiten, insbesondere bei Frauen und Mädchen, wieder ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Dieses Ziel verfolgt die Kampagne ‚Peking+20 - Starke Frauen für eine starke Welt‘ der UN-Women, einer Organisation der Vereinten Nationen. Die ASF begrüßt diese Kampagne ausdrücklich.

Mit der Frauenquote für Aufsichtsräte und der Diskussion um ein Entgeltgleichheitsgesetz haben wir uns in Deutschland auf den Weg gemacht. Weitere Schritte müssen folgen. „In Baden-Württemberg ist eine Änderung des Landtagswahlrechts längst überfällig, damit endlich Schluss ist mit der roten Laterne beim Frauenanteil im Landtag. Damit mehr Frauen in Ämter und Mandate kommen, brauchen wir gesetzliche Quoten und Wahllisten die im „Reißverschlussverfahren“ besetzt werden, so **Andrea Schiele**. „Die Aufwertung der (bezahlten und unbezahlten) Sozial-, Erziehungs- und Pflegearbeit wäre ein weiterer wichtiger Schritt. Es bleibt noch viel zu tun!“ ergänzt **Hilde Mattheis**.

Wir SPD-Frauen sind davon überzeugt, dass Chancengleichheit allen nützt: Parlamente mit höherem Frauenanteil bearbeiten vielfältigere Themen, mehr Frauen in Unternehmensvorständen führen zu höheren Renditen, Friedensabkommen halten länger, wenn sie von Frauen und Männern unterzeichnet wurden. Das belegen zahlreiche Studien.“

**Hintergrundinformation:**

Die Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking stand unter dem Motto „Handeln für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden“. Daraus resultierte ein Forderungskatalog, in dem sich Staaten verpflichten, die Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen der Gesellschaft zu fördern, die Rechte der Frauen zu schützen, Gewalt gegen Frauen zu verfolgen sowie geschlechts-spezifische Unterschiede in der Gesundheitsversorgung und im Bildungswesen abzubauen. 189 Staaten haben die

Pekinger Erklärung unterzeichnet. Die Kampagne ‚Peking+20‘ endet im September 2015 mit einer Veranstaltung im Rahmen der Vollversammlung der Vereinten Nationen. Höhepunkt der Kampagne in Deutschland ist ein Festakt mit Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 9. Juni.

06.03.2015

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB

## **Bundesrat berät über Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 der Bundesregierung – Auch steuerliche Anreize für energetische Gebäudesanierung auf der Tagesordnung**

### Minister Friedrich:

#### **Wichtiger Schritt in die richtige Richtung Nachbesserungen, um Ziele tatsächlich zu erreichen**

„Die Bundesregierung geht mit ihrem Aktionsprogramm einen richtigen und wichtigen Schritt, um die gesetzten Klimaschutzziele für Deutschland bis 2020 doch noch zu erreichen. Das begrüßen wir Länder sehr“, sagte **Peter Friedrich** am Donnerstag (26. März 2015) in Berlin. Zugleich zweifelte der Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten jedoch daran, dass die vorgelegten Maßnahmen ausreichen würden, um die vorhandene „Klimaschutzlücke“ bis zum Jahr 2020 tatsächlich zu schließen. „Wir gehen davon aus, dass es noch weitreichendere Anstrengungen insbesondere im Stromsektor bedarf, um unsere Ziele tatsächlich umsetzen zu können.“

Der Bundesrat berät in seiner Sitzung am Freitag über das Aktionsprogramm Klimaschutz 2020, mit dem die Bundesregierung die derzeit angenommene Klimaschutzlücke von rund 5 bis 8 Prozentpunkten schließen und auch die Basis für die weiteren Ziele für die Jahre 2030, 2040 und 2050 schaffen will.

Geplant sind Maßnahmen in Industrie, in der Landwirtschaft, im Verkehr, in der Abfallwirtschaft, im Bau und Wohnungssektor sowie bei den Kraftwerken und dem Handel mit Emissionszertifikaten. So enthält das Programm bei-

spielsweise Vorschläge zur Erweiterung der Begünstigungsvorschriften für die Wohnungswirtschaft im Gewerbesteuerengesetz und die steuerliche Förderung von Sanierungsmaßnahmen für selbstgenutzte Immobilien und Kleinvermieter.

Die Bundesregierung geht derzeit davon aus, dass eine Lücke von etwa 62 bis 100 Millionen Tonnen an Treibhausgasen besteht, die bis zum Jahr 2020 nicht eingespart werden können, der Bundesrat zweifelt dagegen daran, dass diese Berechnungen ausreichend sind. „Wir fordern die Bundesregierung auf, ein aussagekräftiges Monitoring zur Identifizierung der tatsächlichen Reduktionslücken und deren Ursachen sowie zur Wirksamkeit der Maßnahmen zu erstellen“, sagte Friedrich und forderte die Bundesregierung auch zu Nachbesserungen an dem Programm auf. „Neben einer ambitionierten Reform des Emissionshandels brauchen wir ergänzende nationale Maßnahmen.“ Dazu gehörten beispielsweise eine klimafreundliche Weiterentwicklung des konventionellen Kraftwerkparcs, konkrete Pläne im Ausbau des ÖPNV und regulative Anreize für emissionsarme Pkw sowie eine Mobilisierung der vorhandenen Ausbaupotenziale der Biomasse im Wärmebereich. Zudem hat Bayern einen Entschließungsantrag zur steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung vom Dezember 2014 wieder aufsetzen lassen und die Entscheidung im Plenum über die Fassung der Entschließung beantragt (TOP 14). Dieser fordert die Bundesregierung zur Vorlage eines Gesetzentwurfes auf, sieht aber keine Gegenfinanzierung vor. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen haben im Umweltausschuss einen Antrag zur Neufassung der Entschließung eingebracht, mit der die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen an Gebäuden umgesetzt werden soll. Konkret ist dabei ein steuerliches Fördervolumen von 1 Mrd. Euro/Jahr über 10 Jahre vorgesehen. Dabei wird vorgeschlagen, den ermäßigten Umsatzsteuersatz auf Beherbergungsleistungen zur Gegenfinanzierung zu streichen. „Durch steuerliche Anreize sollen Investitionen in die energetische Gebäudesanierung erhöht werden“, so Friedrich. Dabei soll der Fokus vor allem auf einer Förderung von Eigenheimbesitzern liegen, die energetische Sanierungsmaßnahmen bislang nicht steuerlich geltend machen konnten. „Andererseits werden durch die Investitionen aber auch das Handwerk und die Bauwirtschaft profitieren“, ergänzte Friedrich.

26. März 2015

Presse\_LV\_BW

## SPD - Kreisverband Bodenseekreis



### SPD-Kreisvorstand würdigt die bildungspolitische Leistung von Norbert Zeller

Anlässlich der Kreisvorstandssitzung am Donnerstag, 19.02.2015 in Tettngang würdigten die Mitglieder des erweiterten SPD-Kreisvorstandes ausdrücklich das große Engagement und die Leistung Norbert Zellers für dessen unermüdlichen Einsatz für eine neue Bildungspolitik im Lande. Er hat sich um das Land und gerade um die jungen Menschen verdient gemacht. Die Gemeinschaftsschule sei nicht nur gesetzlich verankert und inzwischen flächendeckend vertreten, sondern erfahre auch eine zunehmend breite Zustimmung. „Zahlreiche Gemeinden haben einstimmige Beschlüsse für eine Gemeinschaftsschule gefasst. Auch mit den Stimmen von Bürgermeistern und Gemeinderäten der CDU.“ so der stellvertretende SPD-Kreisvorsitzende **Uwe Achilles**.

Jeder Versuch, die Gemeinschaftsschulen schlecht zu reden, verunglimpfe auch die hervorragende Arbeit von Lehrkräften und Schulleitungen an den Gemeinschaftsschulen im Bodenseekreis. „Es ist längst bewiesen, dass längeres gemeinsames Lernen, das auf den Schüler bezogene Lernen in einer Klassengemeinschaft sehr erfolgreich ist“ so der SPD-Kreisvorstand. Nicht umsonst machen sich die Handwerksbetriebe angeführt vom Baden-Württembergischen Handwerkstag für die Gemeinschaftsschule stark.

Bei einem Besuch der Bodenseeschule in Friedrichshafen konnten sich die SPD-Vertreter direkt von der Richtigkeit des längeren gemeinsamen Lernens überzeugen. Den Skeptikern empfiehlt der Kreis-vorstand den Besuch einer

Gemeinschaftsschule im Bodenseekreis, damit Vorurteile abgebaut werden können.

Markdorf, 20.02.2015

Uwe Achilles, Stellvertr. SPD-Kreisvorsitzender

### Zollarbeit am Flughafen Friedrichshafen ist weit mehr als Grenzkontrolle

Die Zoll-Kontrolleinheit am Bodensee-Airport in Friedrichshafen ist bundesweit einmalig. Das ist bei einer Stippvisite des SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster, des SPD-Kreisvorsitzenden Dieter Stauber und des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Roland Kaczmarek erklärt worden.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** lässt sich vom Leiter der Friedrichshafener Flughafen-Zollkontrolleinheit, Herbert Kasper, die Röntgenuntersuchung eines Gepäckstücks genau erklären.

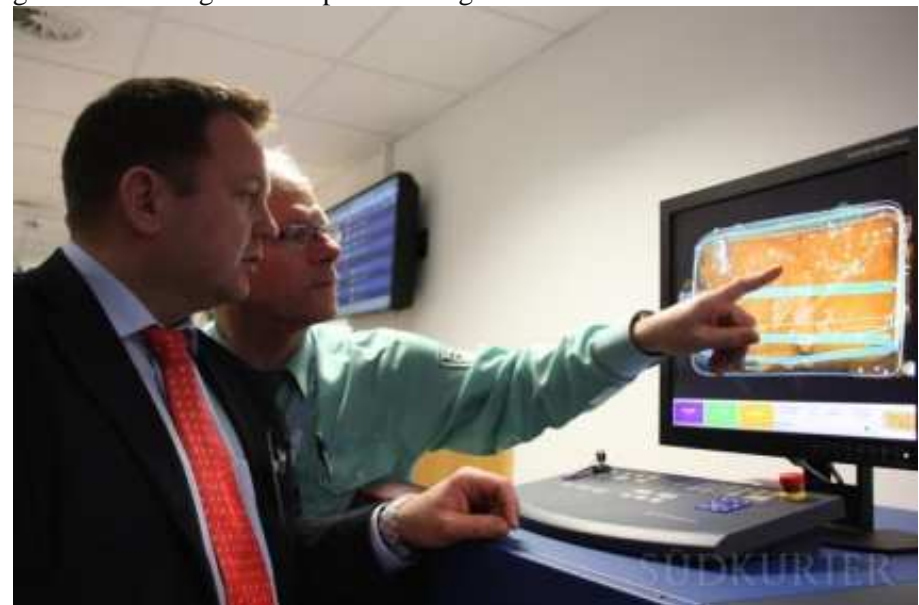


Bild: Dana Coordes

Etwas nervös steht ein junger Mann in dem kargen Raum der Zollkontrolle am Bodensee-Airport. Vor wenigen Minuten ist die Maschine aus Istanbul gelandet. Der Reisende hat den grünen Ausgang gewählt – nichts zu verzollen. Dennoch gilt es nun für ihn, sein auf drei Taschen verteiltes Reisegepäck auszubreiten. Denn die Zollbeamten haben ihn für eine stichprobenartige Kontrolle ausgewählt. „Die Warenkontrolle gehört zu den Hauptaufgaben des Zolls am Flughafen“, erklärt Herbert Kasper, Leiter der Kontrollereinheit Flughafen. Beobachtet wird die Kontrolle des Türkei-Urlaubers von etlichen Politiker-Augen: Der SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster, SPD-Kreisvorsitzender Dieter Stauber und SPD-Ortsvereinsvorsitzender Roland Kaczmarek schauen den Zollbeamten über die Schultern.

Zwar finden sich bei dem jungen Türkei-Urlauber neun Uhren im Gepäck, zollrechtlich Relevantes ist allerdings nicht dabei. „Es kommen heute mehr Plagiate an als früher. Damals waren es mehr verbotene Lebensmittel“, berichtet Jörg Soravia, stellvertretender Leiter des Hauptzollamts Ulm, aus seinen Erfahrungen. Auch auf größere Mengen Bargeld bei den Reisenden haben die Zollbeamten einen Blick. 10 000 Euro dürfen mitgenommen werden, ist es mehr, folgen ein Bußgeldverfahren und die Information ans Finanzamt. „Sie machen einen extrem wichtigen Job und leisten einen Beitrag, Geldwäsche, Menschenhandel oder Terrorismusfinanzierung zu verhindern“, lobt Bundestagsmitglied Martin Gerster.

Bundesweit einmalig ist die Zoll-Kontrolleinheit am Flughafen Friedrichshafen, da sie durch die Passkontrollen der Reisenden Aufgaben der Bundespolizei übernimmt. Ausweise werden begutachtet, Visa überprüft, die Gültigkeit der Dokumente kontrolliert. „Über das Jahr hinweg sind immer wieder Leute an Bord, die beispielsweise als Flüchtlinge einreisen oder wegen einer Straftat gesucht werden“, erklärt Zöllner Herbert Kasper.

Auch außerhalb des Flughafens ist der Zoll im Raum Friedrichshafen präsent. Margarete Zwisler erläuterte den Politikern die Aufgaben in der Zollabfertigung der gewerblichen Waren. „Hier schlagen auch die Messen zu Buche“, sagt Zwisler. Kaum eine Rolle spielt für die Zöllner dagegen der Schweizer Einkaufstourismus. „Die Menge, die wir im Jahr haben, haben Ämter wie Konstanz oder Lörrach in einer Woche“, lautet ihr Vergleich.

Ein weiterer Schwerpunkt der Zollaufgaben ist die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Mindestlohnkontrollen, Leistungsmissbrauch, illegale Beschäftigung – all das gehört zu den Aufgaben des Teams um Claudia Divy. „Durch den Tourismus hatten wir viele Verfahren im Gastrobereich, und außerdem im Obstbau“, lautet ihre Bilanz für den Raum Friedrichshafen.

Mit freundlicher Genehmigung: Südkurier Online, 13.03.2015 / Dana Coordes/  
Friedrichshafen

## Dieter Stauber als SPD-Vorsitzender im Bodenseekreis bestätigt

Die SPD im Bodenseekreis hat eine Resolution verabschiedet, die Umgehung Überlingen sofort zu bauen. Außerdem wurde bei der Kreiskonferenz in Meckenbeuren Dieter Stauber als Vorsitzender klar bestätigt.



Bild: Martin Kaltenbacher

Jede Stimme für die SPD bei der Landtagswahl im Frühjahr 2016 ist eine Stimme für die Familien, sagte Generalsekretärin Katja Mast (links) am Freitagabend bei der SPD-Kreisdelegiertenversammlung im Gemeindehaus St. Maria in Meckenbeuren. Bei den Vorstandswahlen bestätigten die Mitglieder ihren bisherigen Kreisvorsitzenden Dieter Stauber mit mehr als 92 Prozent.

Die SPD-Kreisdelegiertenkonferenz hat in einer am Freitagabend verabschiedeten Resolution in Meckenbeuren einstimmig den sofortigen Bau der B 31-Umgehung Überlingen gefordert. Hintergrund sind die von der Bundesregierung für den Bereich der Bundesfernstraßen freigegebenen 1,89 Milliarden Euro. Das Geld ist im Rahmen des Nachtragshaushalts 2015 – der im Frühsommer verabschiedet werden soll – bereits als Verpflichtungsermächtigung eingeplant. Die SPD Bodenseekreis fordert deshalb das Bundesverkehrsministerium auf, in den nächsten Monaten mit dem Bau der bereits planfestgestellten B 31-Ortsumfahrung Überlingen zu beginnen, da diese zur Landesgartenschau im Jahr 2020 fertig gestellt sein muss. Dies betrifft auch die neue Brücke der L 195 über die L 200, die Teil der neuen B 31 werden soll.

Mit überwältigender Mehrheit hat die Versammlung ihren Kreisvorstand wiedergewählt. Kreisvorsitzender Dieter Stauber erhielt über 92 Prozent der Stimmen, ebenso seine bisherigen und weiteren Stellvertreter Uwe Achilles und Britta Wagner. Auf gar 100 Prozent kam Kassier Christian Gospodarek. Von den über 70 Mitgliedern im Gemeindehaus St. Maria waren 28,1 Prozent Frauen. Die SPD im Kreis wird am 8. Mai in Kluftern ihren Landtagskandidaten oder -kandidatin und damit Nachfolger von Norbert Zeller nominieren. Hinter den Kulissen wird der Kreisvorsitzende als Bewerber gehandelt.

Im Mittelpunkt der Kreiskonferenz stand ein Referat der baden-württembergischen Generalsekretärin und Bundestagsabgeordneten **Katja Mast**, die sich für eine Fortsetzung der Grün-Roten-Landesregierung aussprach. „Wir wollen mit den Grünen weiter regieren“, gab sie als Parole aus. Die Koalition habe exzellente Arbeit geliefert.

Aus der SPD-Kreistagsfraktion berichteten Michael Wilkendorf („Wir sind ein kleines, aber quirliches Team“) und Kreisvorsitzender Dieter Stauber („Wir haben noch ganz viele Anträge in der Pipeline“). Gehört wurde man bereits mit der Forderung nach einem Flüchtlingsgipfel. Gut anstehen, so Stauber, würde dem Kreis wieder die Stelle eines Kreisjugendpflegers und eine Kindergarten-Fachberatungsstelle.

23.03.2015

mit freundlicher Genehmigung: Südkurier Online

## Wortlaut der Resolution:

### Die Kreisdelegiertenkonferenz der SPD Bodenseekreis beschließt am 20.03.2015 folgende Resolution an das Bundesverkehrsministerium

Nachrichtlich an die SPD-Bundestagsfraktion, Martin Gerster (Betreuungsabgeordneter SPD), Annette Sawade (MdB, Verkehrsexpertin für Baden-Württemberg, SPD), und Dr. Nils Schmid (Wirtschafts- und Finanzminister, SPD):

### **SPD fordert vom Bundesverkehrsministerium Finanzierungszusage und Bau der B 31-Umgehung Überlingen/Mehr-Milliarden für Verkehrsinfrastruktur jetzt nutzen!**

Die Bundesregierung hat für Verkehrsprojekte und digitale Infrastruktur am 18. März **4,35 Milliarden Euro zusätzliche Investitionsmittel** beschlossen. Alleine für den Bereich der **Bundesfernstraßen** sollen **in den Jahren 2016 bis 2018 zusätzlich 1,894 Milliarden Euro** bereitgestellt werden. Das Geld ist im Rahmen des Nachtragshaushalts 2015 – der im Frühsommer verabschiedet werden soll – bereits als Verpflichtungsermächtigung eingeplant.

Dies ermöglicht etlichen Verkehrsprojekten in der Warteschleife eine schnellere Realisierung - auch in Baden-Württemberg.

**Die SPD Bodenseekreis fordert deshalb das Bundesverkehrsministerium auf, in den nächsten Monaten mit dem Bau der bereits planfestgestellte B 31- Ortsumfahrung Überlingen zu beginnen. Der Baubeginn war ohnehin für 2015/2016 geplant, die Finanzierungszusage steht aber noch aus. Nun dürfte ausreichend Geld im Bundeshaushalt sein, damit schneller gebaut werden kann. Dies betrifft auch die neue Brücke der L 195 über die L 200, welche Teil der neuen B 31 werden soll.**

Die Zeit drängt, da die Ortsumfahrung zur Landesgartenschau im Jahre 2020 in Überlingen fertig gestellt sein muss.

-----

#### Hintergrund-Infos:

[http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt\\_2/2015-03-18-PM-daten-fakten](http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/Abt_2/2015-03-18-PM-daten-fakten). **Wachstum und solide Staatsfinanzen: Entwurf des Nachtragshaushalts 2015 / Eckwerte des Regierungsentwurfs des Bundeshaushalts 2016 und des Finanzplans bis 2019**

20.03.2015

Dieter Stauber, Kreisvorsitzender

### Ergebnisse der Wahlen zum Kreisvorstand und zu den Gremien:

Neuwahl des Kreisvorstandes und der Gremien

- Vorsitzender: Dieter Stauber – 58 ja
- Stellv. Vorsitzende: Uwe Achilles – 59 ja , Britta Wagner – 61 ja
- Kassierer: Christian Gospodarek – 64 ja
- Schriftführerin: Cosima Honnen – 63 ja
- Medienreferent: Frank Heimpel-Labitzke – 58 ja
- Beisitzer: Andreas Kemmer - 56 ja, Werner Nuber – 57 ja ,
- Hans-Peter Sieger – 59 ja , Leon Hahn - 59 ja, Bernd Caesar – 56 ja, Sieglinde Roman -55 ja

Anmerkung: alle weiteren Stimm-Angaben beziehen sich ebenfalls auf Ja-Stimmen!

- Schiedskommission: Vorsitzender: Dr. Wolfgang Sigg - 56; Stellvertreter: Dr. Boris Mattes - 56, Jens Treuner - 56; weitere Mitglieder: Oswald Burger - 57, Jan van Bruggen - 53
- Kassenprüfer: Angelika Ahlfänger, Manfred Bastian, Jan van Bruggen – einstimmig
- **Delegierte** für LPT: Dieter Stauber – 42, Leon Hahn – 39,

Britta Wagner – 33, Norbert Zeller 33, Christine Heimpel - 31  
**Ersatz:** Uwe Achilles - 25, Werner Nuber - 19,  
Christian Gospodarek - 18, Adnan Sabah – 14, Margot Hess 5

Delegierte für Arbeitsgemeinschaften:

- AG 60 Plus: Jens Treuner (53 Stimmen), Siglinde Roman (49)
- AsF: Uschi Carl (32), Rosemarie Lisson (31), Britta Wagner (29, Ersatz) Siglinde Roman (12, Ersatz)
- AfA: Christian Gospodarek (42), Adnan Sabah (37), Arnim Eglauer (21, Ersatz)
- ASG: Axel Laternser (49), Armin Zimmer (47)
- AG Migration und Vielfalt: Willi Bernhard (45), Adnan Sabah (45)
- ASJ: Jens Treuner (53)

Auszug aus dem Protokoll der Kreiskonferenz vom 20.03.2015

## Häfler SPD hat Verkehrsentwicklung auf der Agenda

**Die Mitglieder des Friedrichshafener SPD-Ortsverbands und der Fraktion wollen das Thema Verkehrswegeplan vorantreiben. Es gelte, die Friedrichstraße baldmöglichst zu entlasten. (Südkurier Online)**

Bei den großen Kernthemen Asylbewerber und Flüchtlinge, bezahlbarer Wohnraum sowie eine Weiterentwicklung des Verkehrswegeplans arbeitet der Friedrichshafener SPD-Ortsverband eng mit der Gemeinderats- und Kreistagsfraktion zusammen, berichtet Vorsitzender Roland Kaczmarek im Nachgang zur jüngsten Jahresversammlung. „Der SPD-Vorstand und die Fraktion sind der Meinung, dass zumindest Teile des Verkehrsentwicklungsplans baldmöglichst umgesetzt werden können“, ergänzt Dieter Stauber als Vorstandsmitglied und Fraktionsvorsitzender. Der Verkehrsentwicklungsplan sei am 8. Juli im Technischen Ausschuss öffentlich beraten worden. Der vorgeschlagenen Vorgehensweise zur Bürgerbeteiligung sei zu-



gestimmt und die Verwaltung beauftragt worden, weitere Schritte zu veranlassen. „Passiert ist – außer Arbeitsgruppentreffen – für die Öffentlichkeit noch nichts“, erklärt Stauber. Sicherlich sei es notwendig gewesen, nach der Baufreigabe für die B 31-Umgehung eine neue Verkehrsberechnung für das Jahr 2020 zu machen. Andererseits will die SPD nicht so lange warten. „Die Friedrichstraße und andere belastete Straßen können heute schon entlastet werden, wenn man die einzelnen Vorschläge prüft und mutig entscheidet“, argumentiert Stauber.



**Bild-Beschreibung:** Im SPD-Ortsverband freut man sich über Neue und langjährige Mitglieder (v.l.): Dieter Stauber (Fraktions-/Kreisvorsitzender), Manuel Neumann (neu), Roland Kaczmarek (Vorsitzender), Heinz Rennecke (40 Jahre), Daniela Neumayer (neu). **Bild:** Frank Heimpel-Labitzke

Die SPD-Fraktion befürwortet den Vorschlag, die Friedrichstraße durch Umgestaltung zur Geschäftsstraße mit Tempo 30 um rund 7000 Fahrzeuge täglich zu entlasten. Diese so genannte Variante 1 solle zeitnah angegangen werden. Das führe zu Mehrbelastungen anderer Straßen, was abgemildert werden müsse. Für die Zeit nach der fertig gestellten B 31-Umfahrung bevorzugen die SPD-Gemeinderäte die Variante 3, welche ein Durchfahrtsverbot für die Friedrichstraße am Orion-Knoten bedeute. Das Parkhaus am See könne von Westen her noch angefahren werden. „Aber eine Durchfahrt

zwischen Parkhaus und Metzstraße ist dann nicht mehr möglich, so dass dort zirka 11 000 Autos weniger fahren“, sagt Stauber.

In Sachen bezahlbarer Wohnraum lobt Stauber: „Der Gemeinderat hat in der letzten Sitzung mutig entschieden – fünf Bausteine, um Anreize für mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.“ Stauber hat in jener Gemeinderatssitzung angeregt, es seien auch „unkonventionelle Methoden“ einzubeziehen – zum Beispiel Werkwohnungen. Oder auch eine Prämie für ältere Menschen, die ihre womöglich zu große Wohnung gegen eine kleinere tauschen.

In punkto Flüchtlinge hat die SPD-Fraktion gefordert, dass die Stadt einen zusätzlichen, eigenen Beitrag zur Flüchtlingsbetreuung leisten soll. „Dies tut die Stadt nun mit dem beschlossenen Betreuungskonzept mit zwei zusätzlichen Betreuerstellen durch das Rote Kreuz“, berichtet Stauber. „Wir haben auch beantragt, dass eine ganze statt eine halbe Stelle zur Koordination hierfür im Sozialamt geschaffen wird.“

Zur Unterstützung von Flüchtlingen fordert die SPD die schnelle Einrichtung einer Sammel- und Ausgabestelle etwa für gebrauchte Möbel oder Elektrogeräte in Friedrichshafen. Bürgermeister Peter Hauswald habe gesagt, dass er in aussichtsreichen Verhandlungen stehe, um bald eine solche Einrichtung in der Stadt zu schaffen.

Einstimmig ist in der Versammlung beschlossen worden, dass die Satzung des Ortsverbands geändert wird und Kreisdelegierte künftig für zwei Jahre statt bisher ein Jahr gewählt werden.

23.03.2015

mit freundlicher Genehmigung: Südkurier Online

## „Wie tolerant sind wir?“

### SPD-Diskussion in Markdorf

Seit fast 4 Jahren tobt der schreckliche Krieg in Syrien und in Teilen des Irak. Aber auch aus anderen Kriegsregionen und Diktaturen auf der Welt kommen täglich Hunderte von Flüchtlingen und Asylbewerbern nach Europa und nach Deutschland. Auch aus einigen Balkan-Ländern, wo vor allem junge Menschen fast keine Perspektiven mehr sehen für ihre berufliche und soziale Existenz in den kommenden Jahren. In Deutschland und in

einigen anderen europäischen Ländern machen rechtspopulistische Bewegungen und Parteien Stimmung gegen die Religion und Kultur des Islam.



(von links): Uwe Achilles und Hans-Peter Sieger von der SPD Markdorf, Hilde Mattheis, Reinhard Nedela, Emel Coban, Wolfgang Heinzl und Stephanie Sandkühler. Foto mit freundlicher Genehmigung: (SZ Frau Walters)

Es ist bemerkenswert, dass der Markdorfer SPD-Ortsverein unlängst die Initiative ergriffen hat, um in einer öffentlichen Podiumsdiskussion mit mehreren Expertinnen u. Experten die Willkommenskultur, wie sie in diesen Tagen und Wochen bei vielen Gelegenheiten beschworen wird, auf den Prüfstand zu stellen. Sehr umsichtig von Wolfgang Heinzl (SPD Biberach) moderiert, sprachen die SPD-Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**, die Häfeler Vorsitzende des „Rates der Kulturen und Nationen in Friedrichshafen“, die Muslima **Emel Coban**, sowie die Sprecher des Markdorfer Freundeskreises „für Flucht und Asyl“, **Stefanie Sandkühler** und **Reinhard Nedela**, die über ihre Erfahrungen im täglichen Umgang mit schutzsuchenden Menschen berichteten. Nicht nach Markdorf anreisen konnten der Integrationsbeauftragte der Stuttgarter Landesregierung, Macit Karaahmetoglu, Anwalt der Familie der jungen Studentin Tugce Albayrak, die bei einer Gewalttat auf

einem Imbiss-Parkplatz in Offenbach Mitte November 2014 zu Tode gekommen war, und die Konstanzer SPD-Stadträtin und frühere Landtagskandidatin Zahide Sarikas.

Die Diskussion in der Markdorfer Stadthalle bewegte sich auf zwei verschiedenen Ebenen. Da sind zum Einen die praktischen Fragen der Aufnahme der Flüchtlinge in den Landkreisen und Gemeinden ihre optimale Betreuung durch die zuständigen kommunalen Behörden und durch die ehrenamtlichen Helferkreise vor Ort. Zum Anderen geht es um die Integration von Menschen aus der Kultur und Religion des Islam in unserer demokratischen Gesellschaft in Europa. „Null Toleranz gegen Gewalt“, gab Wolfgang Heinzl gleich zu Beginn der Veranstaltung die Richtung vor. Er meinte damit aggressive Hooligans und einen Teil der Pegida-Demonstranten ebenso wie fundamentale Salafisten oder gar Dschihadisten, die sich bei ihren Aktivitäten zu Unrecht auf den Koran berufen.

Hilde Mattheis, die Sprecherin ihrer Bundestagsfraktion für Gesundheit und Pflege, berichtete von ersten Schritten zu einer besseren Gesundheitsversorgung von Flüchtlingen in der Erstaufnahme, für die ein eigenes Budget im Bundeshaushalt eingerichtet wurde. Ein Nachholbedarf bestehe, so die Ulmer SPD-Abgeordnete, auf jeden Fall bei den notwendigen Impfungen und bei der Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge, wie sie im Bundesland Bremen bereits mit gutem Erfolg getestet worden sei. Und: Sie wies auf Anstrengungen in der Landespolitik hin, die teilweise recht langen Wartezeiten (bisweilen mehr als ein Jahr) auf eine unerlässliche Behandlung von schweren Trauma-Symptomen bei Erwachsenen und Kindern in den Flüchtlingsfamilien mit einem Ausbau von Personalstellen und ambulanten Therapieplätzen zu verkürzen. Der ehrenamtliche Helferkreis in der Stadt am Gehrenberg wies ergänzend auf die erforderliche „interkulturelle Kompetenz“ bei der Betreuung der hier aufgenommenen Menschen auf verschiedenen Kulturen und Ethnien hin, die durch besondere Schulungsmaßnahmen gefördert werden müsse. Groß sei die Anteilnahme der einheimischen Bevölkerung und ihre Bereitschaft, mit allerlei Sachspenden und Begegnungsfesten die Integration der schutzsuchenden Menschen zu sichern, sagte Reinhard Nedela. Emel Coban aus Friedrichshafen vom dortigen Integrationsausschuss wünschte sich überall mehr Respekt und Zuneigung zu Menschen aus

anderen Ländern und Kulturen, was für unsere Gesellschaft eine Bereicherung bedeute.

Auf dem Podium und bei einzelnen Sprecher/innen aus den Zuhörerreihen ist deutlich geworden, dass die Frage des Abends „Wie tolerant sind wir?“ im Wortsinne zu wenig Anforderungen stelle. Toleranz kommt vom lateinischen „tolerare“, dulden, ertragen, aushalten. Im Umgang mit Menschen aus dem islamischen Kulturkreis seien viel mehr Wertschätzung und Respekt gefordert als nur eine oberflächliche „Toleranz“, mahnte Hilde Mattheis. Dazu gehören ihrer Ansicht nach auch mehr Islamunterricht an den Schulen, mehr Akzeptanz von Burkinis in den Schwimmbädern und ein Verzicht auf die Diskriminierung schon bei Bewerbungen um eine Arbeitsstelle in einer Firma, wenn man einen nicht typisch deutschen Vor- und Nachnamen trägt. Für die Bundestagsabgeordnete gehört ausdrücklich auch eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit hinzu, die den Menschen mit Migrationshintergrund bessere Chancen am Arbeitsmarkt und beim sozialen Aufstieg ermöglicht. Insgesamt 250 Euro erbrachte die Spendenaktion der örtlichen SPD für den Markdorfer „Freundes Kreis für Flucht und Asyl“, ein ansehnlicher Betrag und ein bemerkenswertes Zeichen der Solidarität. Der Abend hat aber auch aufgezeigt, dass es vieler Gesprächskreise und unmittelbarer Begegnungen zwischen Menschen verschiedener Kulturen und Religionen bedarf, um das Verständnis untereinander zu vertiefen und somit weiter zu festigen, dies nicht nur in Markdorf!

26.03.2015

W.Bernhard

**Anmerkung der Redaktion:** Macit Karaahmetoğlu, der das Team auf dem Podium vervollständigen sollte, musste leider absagen, da er die Familie der getöteten Studentin Tugce vertreten wird. Da der Prozess im April beginnt, geht natürlich die Vorbereitung auf den Prozess vor.

## Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

### KV Bodensee:

#### **Kreisvorstandssitzung SPD Bodenseekreis**

**Donnerstag, 16.04.2015**

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: "Bürgerstuben", Markdorf (gegenüber vom Bahnhof)

#### **Nominierung SPD-Landtagskandidatur im Wahlkreis Bodensee**

**Freitag, 08.05.2015**

18:30 Uhr - 21:00 Uhr

Ort: FN-Kluftern, Bürgerhaus

Mitglieder(voll)versammlung zur Nominierung der Landtagskandidatur und Zweitkandidatur der SPD Bodenseekreis im Wahlkreis Bodensee im Bürgerhaus Kluftern (Gangolfstr. 3, 88048 FN-Kluftern)

**Achtung:** Die Registrierung der Stimmberechtigten und Prüfung der Stimmberechtigung findet ab **17:30 Uhr** statt! Bitte rechtzeitig anreisen! Eingeladen sind alle Mitglieder der SPD Bodenseekreis. Stimmberechtigt sind nur die volljährigen, deutschen und mit Hauptwohnsitz im Wahlkreis wohnhaften SPD-Mitglieder! (SPD-Mitglieder aus Tettnang, Meckenbeuren und Neukirch sind herzlich willkommen, aber für diesen Wahlkreis nicht stimmberechtigt.)

### OV Bermatingen:

#### **Ortsvereinsitzung**

**Montag, 13.04.2015**

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

### **Fortsetzung Seite 48**



SPD Kreis BC  
MdB Martin Gerster

**BEWERBUNG UM DIE  
SPD-LANDTAGSKANDIDATUR 2016  
FÜR DEN WAHLKREIS BIBERACH**



**Du musst selbst zu der Veränderung werden, die Du in der Welt sehen willst.**

Diese Worte Mahatma Ghandis sind die Begründung, warum ich die Biberacher Kreis-SPD als Kandidat in die Landtagswahl 2016 führen möchte. Ich will einige Veränderungen in unserem Landtagswahlkreis sehen. Im Bundestag haben wir mit Martin Gerster einen Abgeordneten, der uns und unseren Wahlkreis hervorragend vertritt. Die engagierten Vertreterinnen und Vertreter in unseren Kommunalparlamenten sind so zahlreich, dass ich sie hier nicht alle aufzählen kann.



Bewerber um die  
Landtagskandidatur

**STEFAN GRETZINGER**

Römerweg 2  
88447 Warthausen

[stefan.gretzinger@  
stuvus.uni-stuttgart.de](mailto:stefan.gretzinger@stuvus.uni-stuttgart.de)

**Und im Landtag?**

Ist es dort nicht Zeit für Veränderung? Ist es dort nicht Zeit für einen Generationenwechsel? Ist es dort nicht Zeit für einen Abgeordneten, der voll und ganz für unsere Interessen da ist?

Wir sind eine florierende Region – daran soll sich auch nichts ändern. Nicht nur wirtschaftlich stehen wir stark da. Die besten meiner Erinnerungen sind verbunden mit unserer Heimat. Ich will nun etwas zurückgeben. Ich will mich für uns im Stuttgarter Landtag einsetzen. Ich will Dienstleister sein für unseren Wahlkreis. Ich will mich für uns und unsere Themen engagieren.

Die Sozialdemokratie steht für die drei sich bedingenden Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Damit hat sie unser Baden-Württemberg verändert. In den vergangenen Jahren haben wir deshalb viele notwendige Projekte angestoßen, um die Zukunftsfähigkeit unseres Landes zu erhalten – diese Arbeit gilt es fortzusetzen und mit neuen Innovationen zu vertiefen. Unter Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid bekommt Baden-Württemberg weiterhin von der Wirtschaft Bestnoten. Die Erwerbstätigkeit in Baden-Württemberg ist zum vierten Mal in Folge auf Rekordniveau. Die

SPD Baden-Württemberg steht zum Dreiklang Konsolidieren, Sanieren, Investieren – so wird 2016 zum dritten Mal in dieser Legislaturperiode die „schwarze Null“ stehen. Das ist nicht nur generationengerecht, sondern auch elementar für unsere Zukunftsfähigkeit. Besonders für junge Menschen wie mich sind das wegweisende Leistungen.

Wegweisend für die Entwicklung Baden-Württembergs wird auch der Umgang mit der Flüchtlingsthematik sein. Im Gegensatz zu anderen Parteien lassen wir uns nicht vom rechten Rand unsere Politik diktieren. In unserem offenen, toleranten, demokratischen Baden-Württemberg sind wir solidarisch gegenüber politisch Verfolgten; so wie auch Norwegen 1933 solidarisch gegenüber dem Flüchtling Herbert Frahm war – dem späteren Bundeskanzler Willy Brandt. Für diese Solidarität stehe ich.

Als angehender Lehrer stehe ich auch zu den Reformen im Bildungssystem durch die SPD: den Ausbau der Kindertagesstätten, die gesetzliche Verankerung der Ganztageschule, die starke Förderung der Schulsozialarbeit und Vieles mehr. Außerdem wird unter Grün-Rot in der Bildungspolitik endlich auf die Folgen der Entwicklungen reagiert, die sich schon zu Beginn des Jahrtausends abgezeichnet haben. Die Erweiterung der Bildungslandschaft um die Gemeinschaftsschule – wo die Kommunen sie vor Ort ganz konkret wollen – ist nicht nur aus demographischen Gesichtspunkten richtig, um Schulstandorte im ländlichen Raum zu erhalten. Sie ist auch als pädagogisches Angebot richtig. Meine Überzeugung für diese Schulart wurde erst recht bestätigt, nachdem ich im Rahmen meines Lehramtsstudiums freiwillig ein Praktikum an einer Gemeinschaftsschule absolviert habe.

Für unseren Wahlkreis will ich diese Politik fortsetzen. Dabei ist mein junges Alter keineswegs ein Makel, sondern Chance, dieses gute Regieren mit neuen Ideen, frischen Einblicken und modernen Innovationen zu ergänzen.

Es wäre zu kurz gefasst, wenn ich sage, dass ich Landtagsabgeordneter werden möchte; vielmehr möchte ich Landtagsabgeordneter FÜR unseren Wahlkreis Biberach sein. Als Dienstleister. Vor Ort. Mit Engagement und Kompetenz. Gemeinsam mit Euch.

Dafür möchte ich unsere SPD in den Landtagswahlkampf führen. Dafür bitte ich um Euer Vertrauen.



## TABELLARISCHER LEBENS LAUF

### **Persönliche Angaben**

geboren am 02.06.1993 in Biberach an der Riß

### **Schul Ausbildung**

2000 - 2004 Sophie-La-Roche-Schule Warthausen

ab 2004 Pestalozzi-Gymnasium Biberach

Juli 2012 Abitur

### **Praktika**

September 2012 – Februar 2013 Praktikum an der Schwarzbach-Schule Biberach für Menschen mit geistiger Behinderung

April 2013 – September 2013 Praktikum im Biberacher Wahlkreisbüro und im Abgeordnetenbüro des Deutschen Bundestags bei MdB Martin Gerster

### **Studium**

Seit Oktober 2013 Universität Stuttgart

Geschichte und Englisch auf gymnasiales Lehramt (GymPO I)

Seit Januar 2014 Stipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung

Seit Oktober 2014 gewähltes Mitglied des Studierendenparlaments der Universität Stuttgart und dessen Vize-Präsident

### **In der Partei und bei den Jusos**

Seit September 2009 Mitglied

2010-2011 Mitglied des Juso-Kreisvorstandes

2011-2013 Mitglied des SPD-Kreisvorstandes

2011-2012 Kreisvorsitzender der Jusos Biberach  
2011-2012 Koordinator des Rings politischer Jugend Biberach  
2012-2013 Stellvertretender Kreisvorsitzender der Jusos Biberach  
Seit 2014 Stellvertretender Kreisvorsitzender der Jusos Biberach  
Mai 2014 Kandidat für die Kreistagswahl  
Seit 2014 Delegierter der Jusos Baden-Württemberg für die  
Projektgruppe „Zukunft der Arbeit“ des Bundesverbands  
12.03.2015 V. i. S. d. P.

Stefan Gretzinger

## Jusos Biberach stellen sich gegen Antisemitismus

Eine Delegation des Juso Kreisverbands Biberach besuchte jüngst das christlich-jüdische Museum in Laupheim anlässlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau vor 70 Jahren am 27. Januar. "Ohne Erinnerung gibt es weder Überwindung des Bösen noch Lehren für die Zukunft", zitiert Elise Allgaier, Mitglied des Juso-Kreisvorstandes, den verstorbenen Bundespräsidenten Johannes Rau (SPD). Deshalb, so die Geschichtslehrerin weiter, sei es wichtig, dass die Gräueltaten des verbrecherischen nationalsozialistischen Regimes nicht einer Verdrängung anheim fallen.

Das Museum erinnert aber nicht nur an das Ende jüdischen Lebens in Laupheim, sondern zeigt auch die Entwicklung seit dessen Beginn um das Jahr 1730 auf. Wichtig sei, so die einhellige Meinung der Biberacher Jusos, zu verdeutlichen, dass eine Aufspaltung in eine vermeintlich „deutsche“ und eine allein jüdische Geschichte in Deutschland keinen Sinn ergebe. So haben sich beispielsweise im Ersten Weltkrieg wohl überdurchschnittlich viele jüdische Mitbürger freiwillig zum Einsatz an die Front gemeldet, da auch sie im Krieg ihren Staat vermeintlich vor dem Angriff anderer Mächte verteidigen wollten.

Im Hinblick auf den verübten Brandanschlag auf die Wuppertaler Synagoge im vergangenen Sommer, aber auch auf die Ergebnisse der Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Fragile Mitte“ aus dem Jahr 2014, die beleuchtet, dass in Deutschland vor allem sekundär und israelbezogener Antisemitismus verbreitet ist, stellt **Heiko Mangesius**, Kreisvorsitzender der Biberacher Jusos, fest, dass Antisemitismus ein gegenwärtiges Problem ist. Weiter führt der

18-jährige Schüler aus: „In unserer Welt gibt es keinen Platz für gruppenbezogene Feindlichkeit. Jeder Form von Antisemitismus, Rassismus und Homophobie stellen wir uns konsequent entgegen. Alle Jugendliche unseres Landkreises laden wir herzlich ein, bei uns mitzumachen und uns dabei zu unterstützen.“



Foto: Archiv Jusos BC  
02.03.2015

Heiko Mangesius



## **SPD-Kreistagsfraktion macht Druck**

### **B 465 Warthausen und Ingerkingen**

Die SPD-Fraktion im Biberacher Kreistag will die neue Chance nutzen, die Ortsumfahrungen Warthausen und Ingerkingen doch noch in den Bundesverkehrswegeplan zu bringen. Fraktionschef Franz Lemli hat sich an Landrat Dr. Heiko Schmid gewandt mit der Bitte, zusammen mit den Gemeinden Schemmerhofen und Warthausen zeitnah aktualisierte Verkehrsprognosen zu erstellen und die bisherigen Daten zügig zu überarbeiten. "In den bisherigen Unterlagen sind die LKW- und PKW-Verkehrszunahmen durch das neue Liebherr-Werk am Biberacher Flugplatz noch nicht deutlich genug erfasst", so Lemli. Außerdem ist laut SPD-Fraktion die rasante Entwicklung beim interkommunalen Gewerbegebiet Rißtal in den bisherigen Unterlagen und Verkehrsprognosen bisher noch nicht berücksichtigt worden.

"Angesichts der absehbaren Verkehrszunahme wäre es fatal für die lärm- und verkehrsgeplagten Anwohner in Warthausen und Ingerkingen, wenn wir die von MdB Martin Gerster hartnäckig erkämpfte Chance zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan nicht nutzen würden."

03.03.2015

Franz Lemli

## **Gute Aussichten für Biberacher Stadtteilhaus Gaisental – Bundesregierung plant Mehrgenerationenhaus-Förderung bis mindestens 2019**

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** begrüßt die heute gefallene Entscheidung der Bundesregierung, Mehrgenerationenhäuser bis einschließlich 2019 mit jährlich 14 Millionen Euro weiter zu fördern. Damit ist auch die Arbeit des Biberacher Stadtteilhauses Gaisental perspektivisch gesichert“, so der 43-jährige Parlamentarier, der Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages ist.

Die Fördersumme ist Bestandteil der von der Bundesregierung vereinbarten Eckwerte für den kommenden Haushalt und den darüber hinausgehenden Finanzplan. Wie Gerster klarstellt, seien Änderungen zwar theoretisch noch möglich, dennoch stellten die Eckwerte einen grundsätzlich verbindlichen Rahmen für die im Haushalt abzudeckenden Ausgaben dar.

„Was das Stadtteilhaus Gaisental für den sozialen Zusammenhalt in Biberach leistet, kann nicht genug gewürdigt werden“, betont Gerster: „Die ausdrückliche Aufnahme der Mehrgenerationenhäuser in den Eckwertebeschluss macht deutlich, welchen Stellenwert die großartige Arbeit solcher Einrichtungen für uns hat.“

Die Arbeit von Familienministerin Ministerin Manuela Schwesig (SPD) habe sich damit positiv von den Planungen der vorigen schwarz-gelben Bundesregierung ab, welche die Förderung der bundesweit 450 Mehrgenerationenhäuser 2014 beenden wollte.

Berlin, 18.03.2015

Alexander Geisler M.A., Büro Martin Gerster, MdB

### **MdB Martin Gerster bei den Biberacher SPD-Senioren:**

## **„Kontrolle des Mindestlohns ist wichtig“**

Der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** hat jetzt im Biberacher Hotel „Drei König“ mit der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft 60 Plus unter anderem über die neue Mindestlohnregelung gesprochen. Die größte Kritik daran bezieht sich auf die Erfassung der Arbeitszeiten – „zu großer bürokratischer Aufwand“, heißt es.

Gerster versteht die Aufregung nicht: „Ich kann doch als Arbeitnehmer aufschreiben, wann meine Arbeitszeit anfängt und wann sie aufhört. Ich habe den Eindruck, wer sich so sehr dagegen wehrt, der will womöglich tricksen.“ Eine Kontrolle des Mindestlohns sei unabdingbar. Denn wenn dieser nicht kontrolliert würde, hielte sich auch niemand daran. Für Gerster ist das Fazit des Mindestlohns, entgegen aller anfänglichen Skepsis seitens der Arbeitgeber, durchaus positiv: „Die Arbeitslosenzahl ist seit Einführung des Mindestlohns nach unten gegangen.“

„Ich bin sehr stolz darüber, wie die SPD ihre Ziele bis jetzt durchsetzen konnte“, so Gerster weiter. Gerade, was den gesetzlichen Mindestlohn angehe, sei es der SPD wichtig gewesen, dass es keine Branchenausnahmen gibt. Zwar gebe es Übergangsregelungen zur Umstellung, aber generelle Ausnahmen habe man nicht zugelassen. „Der Mindestlohn kommt für alle Branchen, nur eben für manche etwas später“, stellte Gerster klar.



**Foto: Archiv Gerster**

In der SPD wolle man nun auf Bundesebene das Equal-Pay-Gesetz angehen. Die Sozialdemokraten haben aber noch viele andere Ziele: „Zum Beispiel wollen wir uns weiter dafür einsetzen, dass Alleinerziehende steuerlich besser gestellt werden.“

Themen der abschließenden Diskussion waren unter anderem die finanzielle Situation in Griechenland und die aktuelle Flüchtlingssituation im Kreis, aber auch in der Bundesrepublik insgesamt.

**Biberach, 20.3.2015**

**Wolfgang Heinzl, Bürgerbüro Martin Gerster, MdB**

## **A 96 Tempolimit:**

### **Martin Gerster (SPD) will Bündnis schmieden**

#### **Bürgermeister appellieren an Verkehrsminister Dobrindt**

Nach der Kehrtwende der Allgäuer CDU regt der SPD-Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** eine parteiübergreifende Interessengemeinschaft für ein Tempolimit auf der A 96 im württembergischen Allgäu an. Einen gemeinsamen Appell von acht Bürgermeistern aus dem Allgäu nimmt er zum Anlass, bei Bundesverkehrsminister Dobrindt (CSU) einen Vorstoß für einen Gesprächstermin in Berlin zu machen. "Bei diesem Projekt ziehen wir an einem Strang", so Gerster.

"Nachdem nun offensichtlich auch die CDU im Allgäu entgegen der harschen Ablehnung im Herbst für ein Tempolimit auf der A 96 ist, macht es Sinn, die Aktivitäten zu bündeln und geschlossen im Bundesverkehrsministerium Druck zu machen", erläutert Martin Gerster. "SPD, Grüne und nunmehr CDU sind für ein Tempolimit - das sollten wir doch gemeinsam hinkriegen."

Den notwendigen politischen Rückenwind schöpft der 43jährige Sozialdemokrat aus dem gemeinsamen Schreiben von acht Oberbürgermeistern und Bürgermeistern aus dem Allgäu, die sich unter der Führung von Kißleggs Schultes Dieter Krattenmacher an Bundesverkehrsminister Dobrindt gewandt haben. Sie bitten darum, Tempo 120 auf den württembergischen Abschnitten der A 96 zu ermöglichen, um der starken Lärmbelastung und der erhöhten Unfallgefahr entgegenzuwirken.

Oberbürgermeister Michael Lang (Wangen) und Oberbürgermeister Hans-Jörg Henle (Leutkirch) sowie Dietmar Lohmiller (Aichstetten), Bürgermeister Thomas Kellenberger (Aitrach), Josef Köberle (Argenbühl), Dr. Johannes Aschauer (Achberg) und Clemens Moll (Amtzell) haben mit unterzeichnet. "Toll, dass sich inzwischen alle auf die Seite der von Verkehrslärm betroffenen Anwohner und nicht auf die Seite der Autobahnraser stellen", freut sich Gerster, "jetzt kommt richtig Bewegung in die Sache".

"Wir müssen Stück für Stück die ablehnende Haltung des CSU-geführten Ministeriums in Berlin aufbohren", so der SPD-Vertreter im Bundestag, "dafür ist das gemeinsame Schreiben sehr hilfreich. Ich hoffe, dass Verkehrsminister Dobrindt unsere Delegation in Berlin empfängt und die guten Argumente ziehen." Sehr gerne habe Gerster deshalb den Termin beim Minister angefragt. Selbstverständlich könnten daran auch weitere interessierte Mandatsträger aus der Region teilnehmen.

Berlin, 25.03.2015

Alexander Geisler M.A., Büro Martin Gerster, MdB

## Kreis-Jusos begrüßen Interesse an Flüchtlingspolitik

Die Jusos Biberach freuen sich über die Gründung des Vereins „Interkulturelles Forum für Flüchtlingsarbeit“. Um ihre Solidarität mit dem Verein zu zeigen, sind am Gründungsabend der Juso-Kreisvorsitzende **Heiko Mangesius** und sein Stellvertreter Stefan Gretzinger Mitglied des Forums geworden. „Unser Land bietet politischen Flüchtlingen Schutz. Es ist beschämend, dass sie hier teilweise mit Anfeindungen konfrontiert werden. Umso mehr freue ich mich über das Engagement des neu gegründeten Vereins“, so der 18-jährige Mangesius. Die Kreis-Jusos möchten mit dazu beitragen, den Vereinszweck umzusetzen: gemeinsam für ein weltoffenes und tolerantes Biberach einzutreten und sich gemeinsam mit den Flüchtlingen um Integration in die Gesellschaft zu bemühen, indem sie beim Spracherwerb, bei der Wohnungs- und Arbeitssuche unterstützt werden. Gretzinger führt weiter aus: „Flüchtlinge bereichern unsere Gesellschaft. Wo stünde unser Land heute ohne den einstigen Flüchtling Willy Brandt? Mitten im Kalten Krieg und unausgesöhnt mit Polen.“ Die SPD Baden-Württemberg habe in der Landesregierung viel dafür getan, um Flüchtlinge zu unterstützen, so hat Integrationsministerin Bilkay Öney jüngst angekündigt, dass berufliche Qualifikationen und Fähigkeiten, schulische Biografien und Sprachkompetenzen bei neu ankommenden Flüchtlingen künftig bereits während des Aufenthalts in der jeweiligen Landeserstaufnahmeeinrichtung erfasst werden. Die Jusos Biberach freuen sich auf die kommende Zusammenarbeit mit dem „Interkulturellen Forum für Flüchtlingsarbeit“.



26.03.2015

Foto: Archiv Jusos BC  
Heiko Mangesius

SPD Kreis Ulm  
Alb-Donau Kreis  
MdB Hilde Mattheis

## Gesundheitsvorsorge im Betrieb rechnet sich auch im Kleinen

„In kleinen Betrieben fühlen sich die Inhaber noch mehr für die Mitarbeiter verantwortlich“, schlussfolgerte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** nach ihrem Besuch in der Schreinerei Lehle in Asch. Der Betrieb mit fünf Mitarbeitern hat ein Gesundheitsmanagement eingeführt, über dessen Erfahrungen sich die Gesundheitspolitikerin vor Ort ein Bild machte.

Schwer heben und lange stehen müssen viele Mitarbeiter in Handwerksbetrieben. In der Schreinerei Lehle gibt es seit der Einführung des Gesundheitsmanagements im letzten Frühsommer Rücken schonendere Abläufe und weichere Bodenbelege. Übungen zur Gesundheitsvorsorge gleichen zu einseitige Belastungen aus. Die geplante Schaffung von Sozialräumen soll zum einen die Ernährung und zum anderen den Austausch untereinander verbessern. Es lohne sich, den Mitarbeitern Arbeitsbedingungen zu schaffen, die eine gesunde Erwerbstätigkeit ermöglichen, bestätigte Gerhard Lehle der Sozialdemokratin. „Das sind fast familiäre Hilfsstrukturen, die in diesem Betrieb bestehen – das findet man in großen Unternehmen nur selten“, begrüßte Mattheis die Anstrengungen des Schreinermeisters in der Gesundheitsvorsorge für seine Belegschaft. Mattheis fiel auf, dass die Schreinerei Lehle auch ein wichtiger Ansprechpartner für Menschen sei, die aus der Zeitarbeit in ein Normalarbeitsverhältnis wechseln wollten. Die unternehmerische Verantwortung beschränke sich nicht nur auf die Bilanzen, sondern auch auf den fairen Umgang mit der Arbeitskraft.

18. Februar 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

### Mattheis:

## Mietpreisbremse muss schnell kommen

„Ich bin froh, dass sich die Union bewegt hat“, kommentiert die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** (SPD) die Ergebnisse des Koalitionsgipfels zur Mietpreisbremse. „Wir brauchen die Mietpreisbremse jetzt, damit die Mieten in Ulm nicht weiter so stark ansteigen“.

Wie berichtet, wird für Ulm derzeit erstmals ein qualifizierter Mietspiegel erstellt. Der bisherige einfache Mietspiegel von 2012 zeigt einen durchschnittlichen Mietpreis von 8,45 € pro Quadratmeter. Nach empirischen Daten von nichtamtlichen Mietspiegeln, beispielsweise von Wohnungsbörsen im Internet, sei jedoch gerade bei kleinen Wohnungen um 30 Quadratmeter der Mietpreis von 8,40 € in 2011 auf 11,85 € in 2015 gestiegen. Dieser Anstieg um gut 40 Prozent sei von Studierenden oder Alleinstehenden schwer zu verkraften, mahnt Mattheis. „Gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen macht die Mietbelastung bis zu 50 Prozent ihres Einkommens aus. Sie finden in den Innenstädten keinen bezahlbaren Wohnraum mehr. Das hat auch Folgen für die soziale Mischung der Städte, die wir verhindern wollen“, betonte die Ulmer Sozialdemokratin.

Im September hatte die Koalition die Eckpunkte für die Mietpreisbremse und das Bestellerprinzip im Maklerrecht vereinbart. Wiederholt meldete die Union neuen Gesprächsbedarf an, um über Details nach zu verhandeln. „Wir müssen die Mietpreisbremse schnell beschließen, um Normalverdienern bezahlbaren Wohnraum in Städten wie Ulm zu sichern“, so Mattheis. Der Gesetzentwurf von Justizminister Heiko Maas (SPD) sieht im Kern vor, dass bei Neuvermietungen die Miete höchstens zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen soll. Die Festlegung der Gegenden mit Mietpreisbremse obliegt dabei den Bundesländern.

25. Februar 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis

## Menschen mit seltenen Erkrankungen und ihr Umfeld

Zum achten Mal wird am 28. Februar der Tag der seltenen Erkrankungen veranstaltet. Das diesjährige Motto „Tag für Tag und Hand in Hand“ ruft zur Solidarität zwischen Familien, Patientenorganisationen und Gemeinschaften auf. Die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** nutzt diesen Anlass, um den Familien Anerkennung auszusprechen: „Der oftmals lange Diagnoseweg zusammen mit dem begrenzten Zugang zu Therapien bedeutet, dass Familienangehörige oft die erste Quelle für Solidarität, Unterstützung und Versorgung von Menschen mit seltenen Krankheiten sind“.

Auch Patientenorganisationen seien mit ihrer Lobbyarbeit wichtig, um auf die Probleme der Erkrankten aufmerksam zu machen, betonte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion. Selbsthilfeorganisationen seien oft erste Ansprechpartner bei der Suche nach Betroffenen für dringend nötige Forschungsarbeiten. Denn bislang werde eine seltene Krankheit oft nicht erkannt und daher falsch behandelt. „Interdisziplinäre Einrichtungen wie das ZSE in Ulm sind unbedingt erforderlich, um seltene Erkrankungen früher zu erkennen. Es ist gut, wenn diese Zentren für seltene Erkrankungen europaweit zusammen arbeiten, um die Fallzahlen zu erhöhen und somit für Forschungen und Medikamentenentwicklung bessere Ansatzpunkte zu liefern“, so Mattheis.

In der Europäischen Union wird eine Krankheit als selten eingestuft, wenn höchstens einer von 2.000 Menschen darunter leidet. Nahezu 5% der deutschen Bevölkerung sind von einer seltenen Erkrankung betroffen, die meist lebenslange Erkrankungen sind. Die meist späte Diagnose und das häufige Fehlen von Therapien führe oftmals zu schweren Krankheitsverläufen.

26. Februar 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis

## Die SPD steht an der Seite der Kommunen

**Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel und der SPD-Fraktionsvorsitzende Thomas Oppermann haben sich mit den Spitzen der Union da-**

**rauf verständigt, die finanzielle Entlastung und Investitionsprogramme für Kommunen in Deutschland in Höhe von 15 Milliarden Euro zu verstärken. Die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis kommentiert diesen Verhandlungserfolg:**

„Die Bereitstellung zusätzlicher Finanzhilfen an die Kommunen ist ein sehr großer Erfolg der SPD. Wir haben im Wahlkampf angekündigt, dass es unser Ziel ist, die teils hoch verschuldeten Kommunen zu entlasten, da es nicht sein kann, dass wir den Städten und Gemeinden ständig neue Aufgaben übertragen, aber nicht die Finanzmittel dafür bereitstellen. Viele Kommunen führen inzwischen auf Verschleiß, diese Situation soll jetzt schon früher als geplant gelindert werden.“

Im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes werden Kommunen in den Jahren 2015 und 2016 mit einer Milliarde, 2017 mit 2,5 Milliarden und 2018 dann mit vollen 5 Milliarden Euro entlastet. Außerdem wird ein Investitionsfonds in Höhe von 3,5 Milliarden Euro für finanzschwache Kommunen aufgelegt, die Bundesbeihilfen für den Ausbau und Betrieb von Kindertagesstätten erhöht, die Städtebauförderung aufgestockt und die Kommunen finanziell bei der Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt.

„Gerade mit Hinblick auf die wachsende Zahl von Flüchtlingen ist das jetzt vorgestellte Programm eine wichtige Stütze“, betont Hilde Mattheis. „Ziel der SPD ist, eine menschenwürdige Flüchtlingsunterbringung von Beginn an zu gewährleisten und die Versorgungssituation zum Beispiel im Gesundheitsbereich zu verbessern. Dafür sind die bereitgestellten Mittel eine große Hilfe.“

Berlin, den 03.03.2015

Anja Möbus, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Büro Hilde Mattheis, MdB

## Mattheis motiviert zu mehr Investitionen in altersgerechten Wohnraum

98 Millionen Euro im Alb-Donau-Kreis und 91 Millionen Euro in Ulm wurden durch Kredite der KfW-Bank im vergangenen Jahr finanziert. Besonders das energie-effiziente Bauen und Sanieren wurden mit günstigen Krediten

gefördert. „Diese Investitionen in Energieeffizienz sind zukunftsweisend“, begrüßte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** die starke Zunahme der Kreditzusagen der größten deutschen Förderbank. Steigen könnten ihrer Meinung nach noch die Kredite beim altersgerechten Umbau.

Im aktuell vorgelegten Förderreport 2014 der KfW-Bank ist nachzulesen, dass im Alb-Donau-Kreis 415 Kredite mit insgesamt 31 Millionen Euro im Bereich energie-effizient Bauen von der KfW-Bank zugesagt wurden. Das ist fast eine Verdreifachung gegenüber 2013 mit 151 Zusagen zu insgesamt 10 Millionen Euro. Auch bei der energieeffizienten Sanierung/Effizienzhaus wurde die KfW-Bank in 47 Fällen mit insgesamt 5 Millionen Euro zur Finanzierung herangezogen, im Vorjahr waren es 16 Kredite über 2 Millionen Euro.

In Ulm gab es im vergangenen Jahr 178 Kreditzusagen über insgesamt 22 Millionen Euro (2013: 109 Kredite über 15 Millionen Euro) im Bereich energieeffizient Bauen. Kreditzusagen für Effizienzhäuser/energieeffizient sanieren gab es 47 über 11 Millionen Euro (zum Vergleich 2013: 41 Finanzierungen über 13 Millionen Euro). Insgesamt wurde der Wohnungsbau 2014 mit 1206 Kreditzusagen über 58 Millionen Euro im Alb-Donau-Kreis (2013: 710 Kredite über insgesamt 26 Millionen Euro) gefördert, im Ulm mit 43 Millionen Euro verteilt auf 592 Kredite.

„Viele Menschen wollen möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung wohnen, deshalb ist es gut, dass die KfW den altersgerechten Umbau mit bis zu 50.000 Euro finanziert“, begrüßte die Gesundheits- und Pflegepolitikerin dieses Förderziel. Diese Kredite nahmen in Ulm allerdings leicht ab auf 12 Zusagen statt 14 im Jahr davor. Im Alb-Donau-Kreis konnten ebenfalls nur noch 27 Finanzierungszusagen statt 32 in 2013 verzeichnet werden. Mit einem rechtzeitigen barrierefreien Umbau der Wohnung könne ein möglichst langes selbstbestimmtes Leben in den eigenen Wänden realisiert werden, motivierte Mattheis die Menschen dazu, diese Projekte in Angriff zu nehmen.

3. März 2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

## **Fukushima ist eine Mahnung und Auftrag für eine andere Energiepolitik**

**Vor vier Jahren ist das Atomkraftwerk Fukushima durch ein Erdbeben zerstört worden. Am heutigen Jahrestag der Katastrophe spricht die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis den zahlreichen Opfern ihre Solidarität aus.**

„Auch vier Jahre nach der Katastrophe von Fukushima ist es wichtig, dass es Menschen gibt, die nicht wegsehen, sondern sich vor Ort engagieren und immer wieder auf die Gefahren der Atomenergie hinweisen.“, betonte **Mattheis**. „Es ist sehr wichtig, weiterhin für ein weltweites Ende der Atomenergie zu kämpfen. Die deutsche Energiewende einschließlich des Ausstiegs aus der Atomenergie zeigen, dass es eine Alternative gibt. Umso ärgerlicher ist es, wenn private Energiekonzerne den deutschen Staat aufgrund des Atomausstieges verklagen, um entgangene Profite mit Schadensersatzforderungen zu kompensieren. Angesichts der Auswirkungen dieser risikoreichen Technologie war der Atomausstieg notwendig und richtig.“

Geprägt durch die Nachbarschaft zum Atomkraftwerk Gundremmingen, dem aufgrund von Bedenken bei der Erdbebensicherheit keine Leistungserhöhung gestattet wurde, ergänzte die Parlamentarierin: „Selbst wenn in Gundremmingen 2017 und 2021 die Blöcke abgeschaltet werden, werden wir die Auswirkungen auch aufgrund der ungelösten Zwischen- und Endlagerfrage noch lange spüren“.

„Der Jahrestag von Fukushima ist ein Tag der Mahnung, an dem man sich bewusst machen sollte, welche katastrophalen Folgen die Atomenergie für Menschen haben kann.“, erklärte Mattheis, die 1986 selbst wegen der Atomkatastrophe von Tschernobyl in die SPD eintrat. „Die verheerenden Folgen für die Gesundheit der Menschen werden immer sichtbarer. Bei 117 der untersuchten Kinder von Fukushima wurde mittlerweile Schilddrüsenkrebs festgestellt. 88 Kinder mussten bereits operiert werden. Statistisch normal wäre bei der Anzahl der untersuchten Kinder ein Krebsfall gewesen. Das wahre Ausmaß der gesundheitlichen Folgen wird man aber erst in vielen



Jahren sehen können, da die Latenzzeit zwischen der Bestrahlung und dem vermehrten Auftreten von Krebserkrankungen je nach Krebsart unterschiedlich lang ist und zum Teil über zehn Jahre betragen kann.“

Berlin, 11.03.2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

## 100 Millionen Euro für die Sanierung der Bundeswehr-Liegenschaften

Die Bundeswehr-Liegenschaften in Ulm, Dornstadt und Setzingen müssen saniert werden. Insgesamt wurde für die Region Ulm ein Finanzbedarf von 101,8 Millionen Euro bis 2020 festgestellt, teilt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** mit. „Der Bund hat bereits 750 Millionen Euro für die Sanierung von Bundeswehr-Unterkünften in den kommenden drei Jahren bereitgestellt. Darüber hinaus müssen auch Gelder in die Instandhaltung von Werksgebäude und der Infrastruktur fließen“, forderte die Sozialdemokratin.

Nach der Finanzbedarfsanalyse des Verteidigungsministeriums werden für eine Grundsanierung des Munitionslagers in Setzingen etwa 1,5 Millionen Euro veranschlagt und für bauliche Anpassungen der Rommel-Kaserne in Dornstadt 23,6 Millionen Euro. In Ulm werden 76,7 Millionen Euro benötigt, darunter insgesamt 10,2 Millionen Euro in der Wilhelmsburg-Kaserne und 66,5 Millionen für die Sanierung des Bundeswehrkrankenhauses. Die Baumaßnahmen reichen von der Sanierung des Flachbaus Süd/West im Bundeswehrkrankenhaus bis zur Anpassung der Küchentechnik in der Wilhelmsburg-Kaserne.

In der Aufstellung der geplanten Infrastrukturmaßnahmen für die Region Ulm sind keine Maßnahmen an Gebäuden enthalten, die im Eigentum der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben stehen.

16. März 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

## Künstlerinnen zwischen Schaffensdrang und Selbstbehauptung

„Ich muss kompromisslos sein. Wenn ich Kompromisse mache, leidet meine Kunst“, erzählt die bildende Künstlerin Gabriele Nasfeter. Die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** und die Arbeitsgemeinschaft für sozialdemokratische Frauen (AsF) hatten Nasfeter und die Producerin Judith Fülle aus Heroldstatt zum Frauenempfang ins Haus der Donau geladen, um von den Stolpersteinen und Karriereschritten auf ihrem Berufsweg zu berichten.



Die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis befragt gemeinsam mit der stellvertretenden Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen Andrea Schiele (rechts) die Künstlerin Gabriela Nasfeter und die Producerin Judith Fülle beim Frauenempfang im Haus der Donau.

Foto: Archiv Mattheis

Nasfeter, seit 1973 freischaffende, vielfach ausgezeichnete Künstlerin, berichtete vor etwa 55 Gästen von der finanziellen Unsicherheit ihres Berufes. „Umso älter ich bin, umso schwerer ertrage ich es“, schilderte sie ihren Umgang mit den immer wiederkehrenden Auf und Abs ihres Bankkontos ohne zu wissen, wann das nächste Einkommen erzielt wird. Mit Aussagen wie „Es ist schwer, für sich selbst an Türen zu klopfen“ und „Der Kunstmarkt ist oft pervers“ zeichnete die bildende Künstlerin ein eindrucksvolles Bild ihrer dennoch zuversichtlichen und vor allem zupackenden Art. „Vielleicht ist es genau diese Kompromisslosigkeit, die zum Erfolg führt“, kommentierte Mattheis und bestärkte damit Frauen, sich stärker für ihre beruflichen Interessen einzusetzen. Auch Nasfeter hatte schon beobachtet, dass bei Ausstellungen ihre Preislisten im Vergleich zu männlichen Kollegen niedriger ausfallen.

Die Frage „Ist in Ihrem Beruf eine Vereinbarkeit mit der Familie möglich?“ der Moderatorin und AsF-Kreisvorsitzenden **Andrea Schiele** beantwortete Fülle mit einem klaren „Nein“. Aufgrund der Ortswechsel zwischen Drehorten und Sitz der Produktionsfirma sei sie oft monatelang nicht zuhause. Noch schwieriger sei die Situation für die freiberuflichen Kamerafrauen, Masken- oder Kostümbildnerinnen, für die sich eine Rückkehr nach der Familienphase häufig sehr schwierig gestalte. Ihre Stellung als Frau in der Männerdomäne Film zu behaupten, sei für sie nicht nur aufgrund des Geschlechts und des Alters eine Herausforderung: „Mit einer Körpergröße von 1,56 Meter hat man es nicht so leicht – oft lachen sie. Wenn sie dann wissen, welche Position ich habe, lachen sie weniger“, bemerkte Fülle, die als Produzentin projektverantwortlich für Filme oder Serien ist. „Ich werde mir nun immer den Abspann der Filme ansehen, um Ihre Arbeit und die Ihrer Kolleginnen hinter der Kamera mehr wertzuschätzen“, beschloss **Mattheis** zum Abschluss der Fragerunde.

16. März 2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

## **Mattheis fordert Entgeltgleichheit bereits vor 2093**

„Die Frauenquote in Aufsichtsräten war nur ein Baustein zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Nun muss ein starkes Gesetz zur Entgeltgleichheit kommen, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männer von noch immer 22 Prozent zu bekämpfen“, erklärt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** zum Equal Pay Day am 20. März.

Für 100 Prozent Leistung müsse es auch 100 Prozent Lohn geben, fordert der Equal Pay Day, der im Kalender die Zeitspanne zeigt, die Frauen durch niedrigeres Einkommen für gleichwertige Arbeit quasi unentgeltlich arbeiten. Wenn der Equal Pay Day immer nur einen Tag früher als im Vorjahr sei, sei die Entgeltgleichheit ohne gesetzliche Regelung erst im Jahr 2093 erreicht, rechnete die Sozialdemokratin vor.

„Die Vergangenheit hat gezeigt: Freiwillige Maßnahmen bringen uns bei der Durchsetzung von Entgeltgleichheit nicht weiter. Wir brauchen einen verbindlichen, verpflichtenden gesetzlichen Rahmen“, so Mattheis.

Um auf den strukturellen Gehaltsunterschied der Geschlechter mit einem deutlichen Zeichen aufmerksam zu machen, unterstützt Mattheis den Appell zahlreicher Frauenorganisationen, am 20. März mit einer roten Tasche aufzutreten.

18. März 2015

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

## **Mattheis diskutiert mit Experten über Sterbehilfe**

Wie ist ein Sterben in Würde möglich? Welche Hilfe im Sterben oder Hilfe zum Sterben soll es geben? Diese Fragen diskutiert die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** am Dienstag, 31. März ab 18:30 Uhr im Café im Kornhauskeller mit Experten und Interessierten während des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zur Sterbehilfe.

Im Herbst 2015 wird der Bundestag über die Sterbehilfe abstimmen. Zu diesem Thema gehen die Meinungen auch innerhalb der Fraktionen auseinander und dem Bundestag liegen mehrere Gesetzentwürfe vor. Die Standpunkte gehen von einem Verbot der Sterbehilfevereine über eine gesetzliche Regelung des ärztlich assistierten Suizids bis hin zur Stärkung des Selbstbestimmungsrechts am Ende des Lebens. Allen Positionspapieren ist gemein, dass die Palliativmedizin, also die Medizin zur Schmerzlinderung am Ende des Lebens, und die Hospizarbeit gestärkt werden müssen. Vor dieser wichtigen Abstimmung will Mattheis in Ulm und im Mai auch im Alb-Donau-Kreis mit Experten und Interessierten den grundsätzlichen Umgang mit Alter, Krankheit und Tod sowie die Achtung des Lebens und den Wunsch nach Selbstbestimmung thematisieren.

Neben der gesundheitspolitischen Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion werden die Leiterin der Palliativstation an der Uniklinik Ulm Dr. med. Regine Mayer-Steinacker, die Geschäftsleiterin Claudia Schumann vom Hospiz Ulm und der Fachanwalt für Medizinrecht Matthias Wonschik ihre Standpunkte zu den unterschiedlichen Gesetzentwürfen darlegen. Informationen und Anmeldung sind unter Telefon 0731 6026771 oder [hilde.mattheis.wk01@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.wk01@bundestag.de) möglich.

17. März 2015

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin  
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

## Ausbildungsbotschafter geben Schülern Perspektive

**Berlin, 24.03.2015 – Das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg wird die Industrie- und Handelskammer Ulm und die Handwerkskammer Ulm mit der Initiative „Ausbildungsbotschafter“ mit 160.000 Euro fördern. Dazu äußert sich die Ulmer Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:**

„Die weitere Förderung der Ausbildungsbotschafter ist ein sehr gutes Signal für alle Schülerinnen und Schüler der Region“, zeigt sich Mattheis erfreut. „Die duale Berufsausbildung zu fördern ist angesichts des Fachkräftemangels in einigen Berufssparten eine wichtige Aufgabe der Wirtschaft. Wenn

hier die öffentliche Hand unterstützend tätig werden kann, ist dies sehr zu begrüßen. Genauso wichtig ist hierbei aber auch, dass genug Ausbildungsplätze angeboten werden, um keine Ausbildungswilligen zu verlieren.“

Die Aufgabe der Ausbildungsbotschafter ist es, direkt in den Schulklassen einen authentischen Einblick in verschiedene Ausbildungsberufe zu geben, Fragen von Schülern zu beantworten und so für eine duale Ausbildung zu begeistern. Neben dem bisherigen Fokus auf Haupt- und Realschulen sollen künftig auch an Gymnasien und bei Eltern für eine duale Ausbildung geworben werden.

„Wir alle wissen, wie schwer es Heranwachsenden manchmal fällt, zum Ende ihrer Schullaufbahn zu entscheiden, welchen Berufsweg sie einschlagen sollen – völlig unabhängig vom Schultyp.“, meint die ehemalige Hauptschullehrerin Mattheis. „Daher ist eine professionelle Beratung über die Möglichkeit einer Berufsausbildung eine sinnvolle Stütze, um ein realistisches Bild über den Beruf und seine Perspektiven aufzuzeigen.“

Berlin, den 24.03.2015

Fabian Fischer, wissenschaftlicher Mitarbeiter  
Büro Hilde Mattheis, MdB

## Deutliche Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen durch Wohngelderhöhung

**Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die gesetzliche Wohngeldreform und ihre Verankerung im Bundeshaushalt auf den Weg gebracht und damit einen wichtigen und längst überfälligen Meilenstein für geringverdienende Haushalte gesetzt. Künftig bekommen mehr Menschen Wohngeld und jeder Einzelne auch deutlich mehr.**

„Mit der Erhöhung des Wohngelds wurde eine wichtige Entlastung von Haushalten mit geringem Einkommen beschlossen.“, betont die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**.

Zentrale Regelung des Gesetzentwurfes ist die Anpassung des Wohngelds an die Mieten- und Einkommensentwicklung. Dabei werden künftig nicht die Kalt-, sondern die Warmmieten berücksichtigt. Von der Reform profitieren rund 870.000 Haushalte. Die Miethöchstbeträge werden regional gestaffelt

angehoben und dabei in Regionen mit stark steigenden Mieten überdurchschnittlich stark erhöht.

Die Verbesserungen der Wohngeldleistungen kommen besonders Familien und Rentnern zugute. Das als Mietzuschuss, aber auch als Lastenzuschuss für Bewohner von selbstgenutztem Eigentum gewährte Wohngeld trägt somit dazu bei, die soziale Mischung unserer Städte zu erhalten und zu verbessern. Mit der Wohngeldnovelle ist endlich eine Anpassung an reale Verbraucherpreise, Einkommensverhältnisse und Wohnkosten erfolgt.

Doch Wohngeld alleine wird die sozialen Schieflagen in Deutschland aber nicht heilen. Mit dem Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen wird weiter dafür Sorge getragen, dass dem steigenden Wohnraumbedarf in bestimmten Regionen durch Aktivierung von Neubautätigkeit begegnet wird und sozialer und vor allem bezahlbarer Wohnraum entsteht.

19.03.2015 Anja Möbus, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Büro Hilde Mattheis, MdB

## **Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum**

### **Fortsetzung von Seite 35**

#### **OV Friedrichshafen:**

##### **Vorstandssitzung SPD-OV FN**

**Dienstag, 14.04.2015**

19:00 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Hotel-Restaurant Schlossgarten

#### **OV Markdorf:**

##### **SPD Klausur 2015**

**Sa. 25.04.2015**

10:00 Uhr

Höchsten, Gasthaus Höchsten

Klausur von 10:00 - 16:00 Uhr

#### **OV Meersburg:**

##### **SPD-Stammtisch**

**Donnerstag, 09.05.2015**

29:00 Uhr

Ort: in der Weinstube im Truben, Meersburg, Steigstr. 6

**SPD Kreis Konstanz**  
**MdL Hans-Peter Storz**

**Gäubahn:**

**Fahrplankonzept auf dem Prüfstand  
Ist weiterer IC-Halt in Engen möglich?**

Das baden-württembergische Verkehrsministerium prüft derzeit in Zusammenarbeit mit Experten der Deutschen Bahn, ob das Konzept „Interimsfahrplan plus“ auf der Strecke von Zürich nach Stuttgart eisenbahntechnisch funktioniert. Dies erfuhr der Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Storz** (SPD) vom Interessensverband Gäubahn. Mit ersten Ergebnissen werde Ende April oder Anfang Mai gerechnet, so der Abgeordnete. Diese sogenannte Fahrbarkeit entscheide darüber, ob die Intercity-Züge stündlich in Engen halten können. Dabei müssen vor allem die Vertreter der Bahn überzeugt werden. Diese hatten bislang argumentiert, ein zusätzlicher Halt in Engen wäre für die notwendigen Zugwendezeiten in Singen zu knapp.

Storz hatte mit einer eigenen Stellungnahme gegenüber dem Interessensverband Gäubahn nachdrücklich für das Konzept „Interimsfahrplan plus“ und den zusätzlichen Halt in Engen geworben. Ab Herbst 2015 ändern sich auf der Gäubahn die Abfahrtszeiten der Züge nach Stuttgart, so dass dort die Fernzüge der Bahn erreicht werden können. Für den Bahnknoten Singen bringe diese Planänderung auch Nachteile, denn die Gäubahn verliere den Anschluss in Richtung Hochrhein und auf die Schwarzwaldbahn, machte Storz deutlich. Der Interimsfahrplan plus würde dies durch Verbesserungen an anderer Stelle kompensieren, machte Storz deutlich und warb für eine breite Zustimmung für das Fahrplankonzept.

„Nach der technischen schließt sich die wirtschaftliche Prüfung an“, beschreibt Storz die nächsten Hürde, die für den IC-Halt überwunden werden

müsse. Zuversichtlich stimme ihn allerdings eine Aussage von Verkehrsminister Winfried Hermann. In einem Schreiben sagte dieser Storz zu, dass er am Ziel „stündlichen Bedienung von Engen in Richtung Norden“ festhalte. Allerdings schränke der Minister: „Lösungen, die in erheblichen Umfang zusätzliche Zugleistungen erfordern, sind leider nicht möglich“. Storz will sich weiter für einmütiges Votum der Gäubahn-Anlieger für den Interimsfahrplan plus stark machen. „Nur wenn alle Kommunen entlang der Strecke an einem Strang ziehen, können wir die Bahnverbindungen verbessern,“ sagte der Abgeordnete.

09.03-2015

Winfried Kropp, Bürgerbüro Hans-Peter Storz MdL

**Hans-Peter Storz:**

**Landesregierung zieht Grenze für  
Mieterhöhungen**

**Minister Peter Friedrich:**

**Vorbereitung für Mietpreisbremse getroffen**

Eine Rechtsverordnung der Landesregierung wird den Anstieg der Mieten in Konstanz, Singen, Radolfzell und Rielasingen-Worblingen begrenzen, berichtet der Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Storz** (SPD). In diesen Städten und Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt soll der Mietpreisanstieg gedeckelt werden: Innerhalb von drei Jahren darf im bestehenden Mietverhältnis die Miete künftig nicht mehr als 15 Prozent steigen. Diese sogenannte Kappungsgrenze beträgt derzeit noch 20 Prozent. Außerdem dürfen Eigentümer nur die ortsübliche Miete verlangen, wie sie auch für vergleichbare Wohnungen bezahlt werde.

**Hans-Peter Storz** begrüßt die von Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid vorgelegte Verordnung: „Der knappe Wohnungsmarkt treibt die Preise in die Höhe. Immer mehr Familien wissen nicht, wie sie steigende Mieten bezahlen können.“ Die abgesenkte Kappungsgrenze verringere die Dynamik der Preisspirale in den Städten.

Die Rechtsgrundlage für diese Verordnung hatte noch die Bundestagsmehrheit von CDU und FDP vor der letzten Bundestagswahl geschaffen, sagt Storz. Der Bund hatte die Länder ermächtigt, in Gebieten mit gefährdeter Wohnraumversorgung die Kappungsgrenze zu senken. Allerdings müssen diese Gebiete mit Hilfe nachvollziehbarer Kriterien festgelegt werden. Dies habe das Ministerium für Finanzen und Wirtschaft gemeinsam mit dem Statistischen Landesamt in den vergangenen Monaten getan und somit eine rechtssichere Datenbasis geschaffen, berichtet Storz aus den Arbeiten an der Verordnung. So gelte sie nur in Städten und Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrsche und die Mietsteigerungen überdurchschnittlich hoch ausfallen. Außerdem werde berücksichtigt, ob Mieter einen überproportionalen Anteil ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgeben müssen. Nicht nur Konstanz, auch Singen, Radolfzell und Rielasingen-Worblingen erfüllen diese Kriterien eindeutig, sagt der Abgeordnete, der mehrfach gegenüber der Regierung auf einen zügigen Erlass der Regelung gedrängt hatte.

Bis die Verordnung in Kraft trete, dauere es noch etwa sechs Wochen, erläutert Storz das weitere Verfahren. Zunächst erhalten die betroffenen Gemeinden, die kommunalen Landesverbände sowie andere Interessensgruppen Gelegenheit, zum Entwurf Stellung zu nehmen. Die Regierung plane, die Verordnung noch im zweiten Quartal 2015 in Kraft zu setzen, so Storz.

„Mit dieser Datengrundlage kann Baden-Württemberg die vom Bund geplante Mietpreisbremse schnell umsetzen“, weist Bundesrats- und Europaminister **Peter Friedrich** auf eine weitere Entlastung für Mieter hin, die demnächst wirksam werde. Die Mietpreisbremse werde vor allem in der Stadt Konstanz dringend benötigt. Werde ein neuer Mietvertrag abgeschlossen, dürfe die Miete maximal zehn Prozent über dem ortsüblichen Preis liegen, fasst Friedrich den Kern der Regelung zusammen, auf den sich CDU und SPD in Berlin geeinigt haben. Damit die Mietpreisbremse in Kraft tritt, wird ebenfalls eine Landesverordnung benötigt. „Als Konstanzer Bürger kenne ich den wohnungspolitischen Handlungsbedarf gut und setze mich innerhalb der Landesregierung dafür ein,“ sagt Friedrich.

13.03.2015 Winfried Kropp, Leiter Abgeordnetenbüro Hans-Peter Storz, MdL

**Dateianhang: Gebietskulisse**

## SPD fordert Bagatell-Grenze für grüne Ausfuhrscheine



**Bild:** Hanna Binder und Andreas Gallus (außen) von der Gewerkschaft ver.di diskutieren mit Innenminister Reinhold Gall und Hans-Peter Storz über die Arbeitsbelastung durch Ausfuhrscheine.

**Foto:** Archiv Storz

Die SPD Baden-Württemberg greift die Forderung des baden-württembergischen Bundesrats- und Europaministers **Peter Friedrich** auf, eine Bagatellgrenze in Höhe von 50 Euro für die grünen Ausfuhrscheine einzuführen. Die Delegierten des Landesparteitags stimmten mit großer Mehrheit einem entsprechenden Antrag aus dem Kreis Konstanz zu und nahmen die Forderung in die Singener Erklärung auf, die der Parteitag am Wochenende beschloss. Darin ziehen die Sozialdemokraten eine positive Bilanz ihrer Tätigkeit in der Landesregierung und benennen Ziele für die kommende Wahlperiode.



"Eine Bagatellgrenze entlastet Zoll und Einzelhandel gleichermaßen, weil wir heute einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für Kleinstinkäufe treiben. Das hemmt den Betrieb in den Geschäften und am Zoll.", so **Peter Friedrich**. Die Sozialdemokraten wollen die Finanz- und Steuerverwaltung nicht nur durch neue Stellen, sondern auch durch die Entlastung von Aufgaben stärken. Die Bagatellgrenze würde Millionen von Ausfuhrscheinen und Anträge auf Mehrwertsteuererstattung überflüssig machen und bedeute so für Zoll und Einzelhandel eine erhebliche Erleichterung.

Andere Lösungen seien wenig vielversprechend. Digitale Verfahren zur Mehrwertsteuerrückerstattung würde erhebliche Investitionen nach sich ziehen, bei Dienstleistern für den Rückerstattungsprozess wird auch weiterhin die Bestätigung durch den Zoll für jeden Einkauf erforderlich.

Der Singener SPD-Landtagsabgeordnete **Hans-Peter Storz** kündigte an: „Ich werde diese Forderung in den Landtag einbringen.“ Ziel sei es, die Bagatellgrenze im Rahmen der Beratungen zum nächsten Jahressteuergesetz des Bundes durchzusetzen. Auf dem Landesparteitag hatten Vertreter der Gewerkschaft ver.di Delegierte, Abgeordnete und Regierungsmitglieder auf die Belastung mit den grünen Scheinen aufmerksam gemacht.

04.03.2015 **Winfried Kropp, Leiter Abgeordnetenbüro Hans-Peter Storz, MdL**

## **HANS-PETER STORZ**

Mitglied des Landtags



## **Großes Sanierungsprogramm für Straßen im Kreis Konstanz**

Zahlreiche Landes- und Bundesstraßen im Kreis Konstanz werden 2015 instandgesetzt und saniert. Dies erfuhren die Landtagsabgeordneten **Siegfried Lehmann** (Grüne) und **Hans-Peter Storz** (SPD) vom baden-württembergischen Verkehrsminister Winfried Hermann. Der Landtag habe die Ausgaben für Bauunterhalt und Instandhaltung deutlich erhöht. Dadurch können im Kreis Konstanz insgesamt 15 Straßenabschnitte saniert und so verkehrs-

sicher gehalten werden. Die gesamte Baulänge im Kreis betrage über 30 Kilometer, berichtet Storz.

Die Sanierungsarbeiten auf beiden Fahrspuren der B 33 zwischen Radolfzell und Steißlingen und dem Autobahnkreuz Hegau werden fortgesetzt. Auch an den anderen Bundesstraßen im Kreis wird gebaut. An der B 34 wird an den Abschnitten zwischen Güttingen und Espasingen sowie der zweite Bauabschnitt zwischen Singen und der Kreisstraße Richtung Steißlingen gebaut. Außerdem gibt es Geld für den Kreisverkehr am Autobahnende bei Bietingen. Im Stockacher Raum kann die B 31n von der Autobahn bis zur Kreisgrenze erneuert werden. Bei Binningen wird die B 314 saniert.

Grünes Licht aus Stuttgart gibt es für vier Baumaßnahmen an Landesstraßen. So steht Geld für die L 225 von Engen nach Mauenheim, die L 202 von Büsingen bis zur Grenze, die L 220 von Langenrain nach Liggeringen und den Abschnitt von Konstanz-Egg nach Litzelstetten zur Verfügung. Auch für die Autobahn A 81 sind weitere Arbeiten geplant: Während an der Immensitzbrücke nördlich von Engen weiter gearbeitet wird, können im Zuge einer Fahrbahnerneuerung bei Aach auch zwei Bauwerke repariert werden.

Landesweit stehen 2015 über 120 Millionen Euro für die Sanierung von Autobahnen, Bundes- und Landesstraßen zu Verfügung, so die Abgeordneten. „Diese Summe zeigt, wir lassen die Infrastruktur im Land nicht mehr verrotten“, so Lehmann. Unter der Vorgängerregierung standen durchschnittlich nur 40 Millionen Euro für die Instandhaltung zur Verfügung.

Die einzelnen Baumaßnahmen werden aufgrund objektiver Kriterien nach Dringlichkeit in das Bauprogramm mit aufgenommen, so die Abgeordneten.  
15.03.2015 **Winfried Kropp, Leiter des Abgeordnetenbüros | Pressereferent**

Liebe Genossinnen und Genossen,

### **Erbschaftssteuer**

wie ihr sicher gelesen habt, beschäftigt sich der Bundestag derzeit intensiv mit der Reform der Erbschaftssteuer, nachdem das Bundesverfassungsgericht geurteilt hat, dass die bestehenden Ausnahmen für Unternehmen zu großzügig angelegt sind. Finanzminister Schäuble hat nun sehr zügig Eckpunkte für eine Reform vorgestellt. Einer der Knackpunkte dabei ist u. a. welche Unternehmen generell ausgenommen werden und welche eine sogenannte Bedürfnisprüfung der Finanzämter bestehen müssen, um die Steuer nicht zu zahlen. Schäuble schlägt als Grenzwert 20 Millionen Euro je Erbe vor. Wer darüber liegt, muss sich der Bedürfnisprüfung unterziehen. Bisher galt eine Grenze von 100 Millionen Euro Unternehmenswert. Mit der von Schäuble vorgeschlagenen Regel würden weiterhin 70% der Unternehmen von der Steuer ausgenommen. Dies ist beabsichtigt, wenn Unternehmen Arbeitsplätze erhalten oder das Unternehmen durch die Steuerschuld in wirtschaftliche Probleme geraten würde. Das Ziel muss es aber sein, die Steuer gerechter zu erheben, da zu viele Ausnahmen weder unter verfassungsrechtlichen noch unter sozialen Gesichtspunkten vertretbar sind. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW hat in einem Beitrag aus wissenschaftlicher Sicht aufbereitet, wie die Erbschaftssteuer reformiert werden könnte. Den Beitrag findet ihr [hier](#).

### **Einwanderung**

Brauchen wir ein neues Einwanderungsgesetz? Und wenn ja, wie soll es ausgestaltet werden? Klar ist, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, auch wenn es Jahrzehnte gebraucht hat, bis sich diese Erkenntnis durchge-

setzt hat. Klar ist auch, dass wir deutlich mehr EinwandererInnen brauchen, wenn wir angesichts des demografischen Wandels unsere sozialen Sicherungssysteme und unsere Wirtschaft erhalten wollen. In der Diskussion ist nun, wie wir für EinwandererInnen ein attraktives Ziel werden. Welche Voraussetzungen erwartet die Aufnahmegesellschaft von den Zugewanderten? Und was erwarten umgekehrt die Zugewanderten von der Aufnahmegesellschaft? Die Diskussion darüber wollen wir in den kommenden Monaten begleiten. Ein inhaltlicher Aufschlag kam gestern vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann. Sein Papier und weitere Stellungnahmen und Studien haben wir euch in einem [Reader](#) zusammengestellt.

04.03.2015

Mit solidarischen Grüßen,  
**Hilde Mattheis, MdB**

Vorsitzende DL21

---

Liebe/r,

### **Veranstaltungsbericht DL-Dialog Rechtspopulismus**

Nach den Wahlerfolgen der AfD bei den vergangenen Landtagswahlen und dem Zulauf, den die Pegida-Demonstrationen in den letzten Monaten verzeichnen konnten, hat die DL21 am 16. März 2015 im Rahmen der Reihe DL-Dialog zu einer Podiumsdiskussion ins taz-Café eingeladen. Unsere PodiumsteilnehmerInnen waren Dr. Maja Lasic (stv. Vorsitzende der AG Migration und Vielfalt der SPD Berlin und Mitglied im Landesvorstand der Berliner SPD), Sebastian Friedrich (Publizist und Autor des Buches „Der Aufstieg der AfD. Neokonservative Mobilisierung in Deutschland“) und Timo Reinfrank (Amadeu Antonio Stiftung und Vorsitzender des Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V.).

Den [Veranstaltungsbericht](#) findet ihr auf unserer Homepage.

Das Fazit der Veranstaltung bestätigt die Haltung der DL 21: Die Antwort auf diese rechtspopulistische Entwicklungen darf nicht sein, sich die Themen von Pegida und AfD anzueignen. Stattdessen müssen sich die etablierten Parteien auf die Seiten derjenigen stellen, die von Pegida angefeindet werden. Es geht um eine eindeutige Positionierung für das Recht auf Asyl und

für eine Willkommenskultur. Und Zuwanderung kann nicht ausschließlich nach ökonomischen Gesichtspunkten, nach der „Nützlichkeit“ der Einwander\*innen erfolgen.

Der Appell an die politische Linke ist, dass wir für die von Pegida und AfD besetzten Themen alternative Perspektiven aufzeigen.

Wer die Diskussion noch einmal anschauen möchte, findet [hier](#) den Link zum Video. Erstmals konnten wir einen Livestream anbieten. Wir arbeiten an der Verbesserung der Tonqualität.

### **Griechenland**

Der Bundestag hatte am 27. Februar 2015 mit breiter Mehrheit der Verlängerung des Finanzpaketes für Griechenland zugestimmt. Damit besteht die Hoffnung, dass in den kommenden vier Monaten intensiv zwischen allen EU-Mitgliedstaaten darüber diskutiert werden kann, wie eine langfristige Stabilisierung Griechenlands und der anderen Krisenländer gelingen kann, da die bisherige rigide Sparpolitik nicht zum Erfolg führt. Inzwischen regt sogar der Internationale Währungsfond (IWF) die europäischen Staaten an, ihre Investitionsquote zu erhöhen, um die Wirtschaft anzukurbeln, was angesichts der desolaten Haushaltslage in Griechenland, verbunden mit strengen Sparauflagen illusorisch ist. Somit besteht derzeit auch kein Anzeichen für ein Wirtschaftswachstum, welches aber nötig wäre, um Schulden zu tilgen.

Leider sieht es derzeit nicht nach konstruktiven Debatten aus. Es regiert Misstrauen und Missgunst, angefacht durch populistische Meinungsmache gegen „DIE Griechen“. Auf der anderen Seite helfen die Rhetorik und viele Äußerungen der neuen griechischen Regierung nicht, um Vertrauen aufbauen zu können. Dies wäre aber nötig, wenn ein neuer Weg aus der Krise gefunden werden soll. Die europäische Sozialdemokratie sollte hier die Kraft sein, die einen Schritt auf den Anderen zugeht und versucht, für ein neues Miteinander innerhalb der EU zu werben und gleichzeitig klarzumachen, dass neue, auf Wachstum angesetzte Maßnahmen ergriffen werden müssen, um die enormen sozialen Verwerfungen in Griechenland zu bekämpfen und die Wirtschaft anzukurbeln.

### **TTIP und CETA**

Am Montag war der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europäischen Parlament (EP) Bernd Lange im Bundestag, um über den neuesten Stand der Verhandlungen zu TTIP und CETA zu berichten. Die S&D-Fraktion im EP hat sich in einem kürzlich getroffenen Beschluss klar gegen Investor-Staat-Schiedsverfahren (ISDS) in TTIP und CETA ausgesprochen. Das bringt die Kommission in Zugzwang, da die Handelskommissarin Cecilia Malmström noch Ende Februar auf der Freihandelskonferenz der SPD im Willy-Brandt-Haus betonte, dass Verhandlungen mit Kanada beendet und allenfalls kleinere Änderungen möglich seien. Ohne die Zustimmung der S&D gibt es allerdings keine Mehrheit für die Abkommen im Europäischen Parlament.

Es ist außerdem klar, dass beide Verhandlungen sich weiter in die Länge ziehen. Das Wirtschaftsministerium geht inzwischen davon aus, dass CETA nicht vor Ende des Jahres vorliegt. Allerdings finden im Herbst Parlamentswahlen in Kanada statt, die möglicherweise einen Regierungswechsel und damit neue Verhandlungspartner bringen. Die Vorstellung der Bundeskanzlerin, das Abkommen mit den USA, TTIP, bis Ende des Jahres abschließen zu wollen, sind ebenfalls unrealistisch, da die Verhandlungen an vielen Stellen, z.B. beim Investorenschutz stocken. Allerdings beginnt im Frühjahr 2016 in den USA der Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl, was eine Einigung zwischen den Demokraten und Republikanern in beiden Parlamentskammern zunehmend unwahrscheinlich werden lässt, so dass auch dies die Verhandlungen noch weiter in die Länge ziehen lassen könnte. Es kann daher auch nicht genau geplant werden, wann sich die Partei erneut mit dem Thema befassen kann. Die SPD Baden-Württemberg hat auf ihrem Landesparteitag beschlossen, dass für die endgültige Abstimmung zu den Abkommen ein Bundesparteitag entscheiden soll, der kleinere und nicht-öffentliche Parteikonvent reicht nicht aus. In diesem Sinne hatten wir als DL21 auch einen Brief an Sigmar Gabriel geschrieben, da eine Befassung oder gar Abstimmung zu CETA (oder TTIP) im Juni 2015 nicht zielführend ist.

### **Vorratsdatenspeicherung**

Die jetzt diskutierte „kleine Vorratsdatenspeicherung“ erscheint wie ein Ding der Unmöglichkeit. Die SPD sollte sich hier nicht zum Steigbügelhalt-

er für Einschränkungen der Freiheitsrechte von Bürgerinnen und Bürgern machen, die zudem keinen Zugewinn an Sicherheit verspricht.

## Frühjahrstagung

Bitte notiert euch den Termin für unsere Frühjahrstagung. Sie findet am 15./16. Mai in Erfurt statt. Wir freuen uns, dass wir am 15. Mai die Möglichkeit haben, mit

- **Bodo Ramelow**, Ministerpräsident von Thüringen, Die Linke
- **Holger Poppenhäger**, Innenminister des Landes Thüringen, SPD
- **Martina Renner**, MdB, Die Linke
- **Diana Lehmann**, MdL, SPD
- **Astrid Rothe-Beinlich**, MdL und Parlamentarische Geschäftsführerin Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag

über ihre ersten Erfahrungen einer rot-rot-grünen Koalition zu sprechen und mit unseren Gästen über die Übertragbarkeit auf die Bundesebene zu diskutieren. Das Programm der Frühjahrstagung findet ihr [hier](#).

Außerdem sind weitere sind weitere taz Café Veranstaltungen in Vorbereitung:

- Montag, 18. Mai 2015: 70 Jahre Ende 2. Weltkrieg – Erinnerungskultur
- Montag, 8. Juni 2015: TTIP mit Prof. Dr. Gesine Schwan und Prof. Dr. Gustav Horn

Außerdem möchten wir euch noch auf eine Buchpräsentation im taz-Café hinweisen. Am 5. Mai werden Dr. Max Reinhardt und Stefan Stache ihr Buch "Progressive Mehrheiten mit der SPD. Für eine Politik jenseits der Neuen Mitte" vorstellen. Die Einladung findet ihr [hier](#).

Solidarische Grüße

Eure

18.03.2015

Hilde Mattheis, MdB, Vorsitzende DL21

# Impressum

## Herausgeber:

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Hans-Peter Storz, MdL

E-Mail: [info@hans-peter-storz.de](mailto:info@hans-peter-storz.de)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:  
Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg  
und

Tel.: 7532/313048

E-Mail: [roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07542/20349

E-Mail: [willibernhard@gmx.de](mailto:willibernhard@gmx.de)

## Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Büro Peter Simon, MdEP:

[peter.simon@europarl.europa.eu](mailto:peter.simon@europarl.europa.eu)

Daniel Frey, Europa Union D:

[Daniel.Frey@eubw.eu](mailto:Daniel.Frey@eubw.eu)

Evelyne Gebhardt, MdEP:

[EGebhardt.MdEP@t-online.de](mailto:EGebhardt.MdEP@t-online.de)

Europa Aktuell

Frederik Wunderle:

[info@evelyne-gebhardt.eu](mailto:info@evelyne-gebhardt.eu)

Vorarlbergs soziale Kraft:

[laendle@spoe.at](mailto:laendle@spoe.at)

[www.spoe.at](http://www.spoe.at)

Fritsch Annette:

[Annette.Fritsch@spoe.at](mailto:Annette.Fritsch@spoe.at)

Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär:

[berlinger-bolt@sp-sg.ch](mailto:berlinger-bolt@sp-sg.ch)

Peter Hartmann:

[hartmann.forrer@bluewin.ch](mailto:hartmann.forrer@bluewin.ch)

Martin Pfister:

[m-pfi@bluewin.ch](mailto:m-pfi@bluewin.ch)

Dani Wiedmer:

[info@sp-ai.ch](mailto:info@sp-ai.ch)

Marc Hörler:

[info@sp-ai.ch](mailto:info@sp-ai.ch)

Wolfgang Schreier:

[wmschreier@bluewin.ch](mailto:wmschreier@bluewin.ch)

Barbara Kern:

[b.kern@bluewin.ch](mailto:b.kern@bluewin.ch)

Presse LV BW:

[Landesvertr.Presse@lvtberlin.bwl.de](mailto:Landesvertr.Presse@lvtberlin.bwl.de)

Pressesprecher LVT BWL Berlin

[nils.barg@lvtberlin.bwl.de](mailto:nils.barg@lvtberlin.bwl.de)

SPD Presseservice:

[pressestelle@spd.de](mailto:pressestelle@spd.de)

Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB:

[hilde.mattheis.ma02@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis.ma02@bundestag.de)

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:

[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)

Dagmar Neubert-Wirtz:

[hilde.mattheis@wk.bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@wk.bundestag.de)

Anja Möbus:

[hilde.mattheis@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@bundestag.de)

Uwe Achilles:

[cornelia-uwe.achilles@t-online.de](mailto:cornelia-uwe.achilles@t-online.de)

Fabian Fischer:

[hilde.mattheis@bundestag.de](mailto:hilde.mattheis@bundestag.de)

Südkurier Online:

<http://suedkurier-medienhaus.de/unsere-medien/online-portale/suedkurier-online>

Sz-Online:

Dana Coordes

Dieter Stauber:

[dieter.stauber@online.de](mailto:dieter.stauber@online.de)

Heiko Mangesius:

<http://www.schwaebische.de/heiko.mangesius@yahoo.de>

Stefan Gretzinger:

[stefan.gretzinger@web.de](mailto:stefan.gretzinger@web.de)

Alex Geisler:

[Alex.Geisler@gmx.de](mailto:Alex.Geisler@gmx.de)

Wolfgang Heinzl, Büroleiter

[Wolf99maci@aol.com](mailto:Wolf99maci@aol.com)

Margit Renner:

[info@kjr-biberach.de](mailto:info@kjr-biberach.de)

Martin Gerster, MdB:

[martin.gerster@wk.bundestag.de](mailto:martin.gerster@wk.bundestag.de)

Hilde Mattheis:

[Hilde.Mattheis@bundestag.de](mailto:Hilde.Mattheis@bundestag.de)

Winfried Kropp, Bürgerbüro

Hans-Peter Storz MdL:

[wk@hans-peter-storz.de](mailto:wk@hans-peter-storz.de)

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

**Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger**

**Logo Roter Seehas: © 2014 Hans-Peter Sieger**

**E-Mail-Abonnement (ab)bestellen:**

(Karl-Heinz König)

[roterseehas@kabelbw.de](mailto:roterseehas@kabelbw.de)